

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Versammlung der
Westeuropäischen Union**

**über den Zweiten Teil der 24. ordentlichen Sitzungsperiode der
Versammlung der Westeuropäischen Union vom 20. bis 23. November 1978
in Paris**

Während der November-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Politische Fragen** (Auswirkungen der zukünftigen Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften auf die Verteidigung Europas und auf die WEU; Europas auswärtige Beziehungen)

Hierzu sprachen die Abg. Frau von Bothmer (S. 6, 14, 21), Dr. Mende (S. 6), Dr. Geßner (S. 7, 12, 14, 15, 22), Dr. Müller (S. 11, 22), Reddemann (S. 15, 22), Dr. Vohrer (S. 22), Dr. Schwencke (Nienburg) (S. 22)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 322 betr. Europas auswärtige Beziehungen (S. 15)

- **Verteidigungsfragen** (Abrüstung — Begrenzung der strategischen Waffen — Neue Waffen und Verteidigungsstrategie; eine europäische Rüstungspolitik)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 16), Dr. Geßner (S. 24)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 323 betr. Abrüstung (S. 17)

Empfehlung 324 betr. Begrenzung der strategischen Waffen

Empfehlung 325 betr. eine europäische Rüstungspolitik (S. 25)

— **Wissenschaft, Technik und Raumfahrt** (Anwendungssatelliten; Wettervorhersage)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Vohrer (S. 24), Lenzer (S. 24), Scheffler (S. 26, 28), Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 33)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 326 betr. Anwendungssatelliten (S. 29)

Empfehlung 328 betr. Wettervorhersage (S. 34)

— **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten)

Der Ausschuß wählte folgende Empfehlungen der Versammlung aus zur besonderen Kenntnissgabe an die Parlamente der Mitgliedsländer: Empfehlung 323 betr. Abrüstung (S. 17), 325 betr. eine Europäische Rüstungspolitik (S. 25), 328 betr. Wettervorhersage (S. 34)

— **Geschäftsordnung** (Abstimmungsmethoden; Rechte von Stellvertretern als Ausschußvorsitzende oder Berichterstatter in der Versammlung)

Beschlüsse der Versammlung

Richtlinie 50 betr. Abstimmungsmethoden

Entschließung 61 betr. Änderung des Artikels 7 der Geschäftsordnung

— **Haushaltsfragen** (Haushaltsentwurf der Versammlung für das Finanzjahr 1979; Rechnungslegung und Prüfungsbericht der Verwaltungskosten der Versammlung 1977; Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU für das Finanzjahr 1978)

Hierzu sprachen die Abg. Alber (S. 29, 33), von Hassel (S. 32), Dr. Enders (S. 32)

Beschlüsse der Versammlung

Stellungnahme 25 betr. den Haushalt der ministeriellen Organe der WEU für das Finanzjahr 1978

Empfehlung 327 betr. Arbeitsrechtliche Verbesserungen für die Beschäftigten der WEU

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der französische Staatsminister im Außenministerium, Bernard-Reymond, der britische Staatsse-

kretär für auswärtige und Commonwealth-Fragen, J. Tomlinson, der italienische Staatsminister für Verteidigung, F. Mazzola, der deutsche Staatsminister im Auswärtigen Amt, Frau Dr. Hamm-Brücher (S. 18), der niederländische Minister für Wissenschaftsfragen, M. Peijnenburg.

Bonn, den 22. Januar 1979

Kai-Uwe von Hassel

Stellvertretender Sprecher

Dr. Manfred Geßner

Sprecher

Montag, 20. November 1978

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Präsidenten der Versammlung
Kai-Uwe von Hassel**

Präsident: Meine Damen und Herren! Europa ist auf der Suche nach sich selbst. Es ist mehr als eine geographische Einheit, es ist der Raum einer Zivilisation, einer Kultur. Mehr als etwa nur ein Ausläufer des asiatischen Kontinents ist es die Gesamtheit von Völkern, die ihre Freiheit erobern und bewahren konnten.

Dieses demokratische Europa ist nicht so ausgedehnt wie das geographische Europa. Im Osten sind alle Versuche der Völker, sich freiheitlichere Institutionen zu geben, wirksam unterdrückt worden. Im Süden dagegen bedeutet die Entwicklung in Griechenland, Portugal und Spanien den Sieg der Ideale, die wir hier verteidigen.

Das Europa der freien Menschen hat sich also erweitert. Es muß sich aber auch **organisieren, um seine Freiheit zu bewahren.**

Der Europarat bildet die umfassendste Organisation, weil er nicht den Anspruch erhebt, eine politische Union darzustellen. Als Wegbereiter der europäischen Kultur und Zivilisation kann er somit Völker aufnehmen, die in der Neutralität die Garantie ihrer Unabhängigkeit sehen, sei es daß ihre Haltung auf alte Traditionen zurückgeht, sei es als Folge des zweiten Weltkriegs. Tatsache ist, daß die territoriale Integrität der Schweiz, Schwedens und Österreichs nicht allein durch deren Verteidigungsbemühungen sichergestellt wird, so verdienstvoll diese auch oft sein mögen. Vielmehr ist es das durch die gemeinsamen Anstrengungen der im atlantischen Bündnis vereinigten Völker geschaffene militärische Gleichgewicht, welches es dem Europarat erlaubt, seine Tätigkeit zugunsten der Menschenrechte und der sozialen und kulturellen Zusammenarbeit in einem Klima der Sicherheit zu entwickeln.

Aber Europa ist nicht nur eine Kulturgemeinschaft, deren Erhaltung durch das Gleichgewicht des Schreckens gewährleistet wird. Es ist eine im Werden begriffene Persönlichkeit. Diese Persönlichkeit nimmt heute in der Europäischen Gemeinschaft Gestalt an. Sie bildet, um den Wortlaut der Schlußklärung der Gipfelkonferenz in Den Haag 1969 wiederaufzunehmen, den Kern des Aufbaus Europas. Denn sie ist keine Zollunion, sondern eine Zusammenfassung gemeinsamer Politiken mit dem Endziel, eine Europäische Union zu schaffen, die in der Lage ist, alle Probleme anzusprechen und zu behandeln, auch diejenigen, die ihre eigene Sicherheit betreffen.

Das gemeinschaftliche Europa ist gegenwärtig jedoch eine unvollständige Persönlichkeit. Die ihm

durch die Römischen Verträge verliehenen Zuständigkeiten erlauben es ihm nicht, den Rahmen für eine Abstimmung über die Probleme im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit abzugeben. Und was das **Europäische Parlament** und seine **Direktwahl** betrifft, so kann man heute noch nicht vorhersagen, wie sich die Kompetenzfrage entwickeln wird. Es gibt unterschiedliche Meinungen: die einen lehnen eine Erweiterung der parlamentarischen Kompetenzen ab, die anderen sind sehr dafür. Aber zweifellos hofft man in allen Kreisen, daß die Direktwahl dem Europäischen Parlament eine größere moralische Kraft verleihen und es ihm somit ermöglichen wird, dem Aufbau des wirtschaftlichen Europas neue Impulse zu geben. Denn wie Antäus bei der Berührung des Bodens schöpfen unsere Institutionen neue Kraft aus der Zustimmung der Bevölkerung. Möge das Europäische Parlament einen vollen Erfolg zeitigen, wenn es unsere Regierungen dazu anregt, die europäische Persönlichkeit durch eine gemeinsame Politik und gemeinsame Aktionen, insbesondere durch die Schaffung einer Währungsunion zu bestätigen.

Was die **Verteidigungsprobleme** betrifft, so werden sie im atlantischen Rahmen behandelt; denn in einem so dicht besiedelten Gebiet wie Europa ist die Verteidigung nur im Rahmen einer Politik der Abschreckung möglich, und die Abschreckung setzt den atomaren Schutz durch Amerika voraus. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Europa sich nicht für Verteidigungsprobleme interessieren soll.

1. Zuallererst müssen die europäischen Mitglieder des atlantischen Bündnisses untersuchen, mit welchen Mitteln sie ihre Mitwirkung an ihrer eigenen Verteidigung verstärken können. Dies setzt die Möglichkeit voraus, moderne Waffen herstellen zu können, d. h. die Aufrechterhaltung von Spitzentechniken in Europa, ohne die unsere Länder vom Wettlauf um den Fortschritt ausgeschlossen wären. Eine europäische Konzertation erscheint somit unumgänglich, um die **industriellen Grundlagen** der europäischen Sicherheit zu gewährleisten. Mehrere europäische Gremien tragen dazu bei. Der Ständige Rüstungsausschuß untersucht im Rahmen seines Mandats die rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen des Problems. Die Unabhängige Europäische Programmgruppe versucht festzulegen, welche Waffen gemeinsam von den europäischen Ländern hergestellt werden könnten. Die Gemeinschaftsgremien bemühen sich um die Stärkung der europäischen Industrien, die einen Beitrag zur Verteidigung leisten. Es fehlt jedoch der politische Antrieb, der den Erfolg dieses Unternehmens sichern sollte. Der WEU-Rat konnte seiner Mission in dieser Hinsicht nicht gerecht werden.

2. Europa darf kein Schlachtfeld werden. Unablässig müssen unsere Länder bestrebt sein, jede

Tendenz abzuwehren, die auf einen, und sei es auch nur teilweisen, Verzicht auf eine **Abschreckungspolitik** hinausläuft, ohne die es keine europäische Sicherheit gibt. Auch müssen sie sich ständig der Notwendigkeit bewußt sein, daß der Gegner nicht in den Besitz eines Druckmittels gelangen darf, das er nach Eroberung eines Gebietes in Verhandlungen ausspielen könnte. Dies bedeutet, daß Europa auf die Verteidigung seiner Interessen im Rahmen der SALT-Verhandlungen bedacht sein muß. Um es im Jargon der Strategen auszudrücken: das westeuropäische Gebiet muß ebenso wie das Gebiet der Vereinigten Staaten oder das der Sowjetunion für unverletzlich erklärt werden, mit anderen Worten, es muß unter den gleichen Bedingungen von der nuklearen Abschreckung, die einen Kampf ausschließt, profitieren.

Aber heute bedeutet die Abschreckung nicht mehr nur die Möglichkeit, mit massiven Vergeltungsmaßnahmen und Zerstörung des gegnerischen Landes zu reagieren. Sie setzt auch die Möglichkeit voraus, einen Angriff erfolgreich abzuwehren, der gebietsmäßig oder in bezug auf die Anwendung der Mittel begrenzt vorgetragen wird, so daß sich die Militärmächte nicht vor die unmögliche Wahl zwischen einer Kapitulation oder einem totalen Krieg gestellt sehen; denn diese Perspektive würde die abschreckende Wirkung ihrer Waffen schwächen.

Daher ist es ebenfalls unerläßlich, daß jeder Ost-West-Vertrag das Recht der europäischen Länder anerkennt, im Rahmen ihres Beitrags zu dieser Politik der Abschreckung neue Waffen, wie z. B. die Marschflugkörper, zu besitzen. Diese Waffen könnten von den großen europäischen Industriemächten gemeinsam hergestellt werden. Sie können entweder mit einem sehr starken konventionellen Sprengkopf ausgerüstet werden, der ihnen auf Grund der Genauigkeit seines Lenksystems größte Wirksamkeit verleiht, oder mit einem Atomsprengkopf amerikanischer, französischer oder britischer Herkunft. Aus diesem Grunde darf Europa nicht zulassen, daß ihm von vornherein die Kontrolle über diesen Faktor einer Politik der Abschreckung verweigert wird.

3. Schließlich und endlich muß Europa zu den seine eigene Sicherheit betreffenden **Problemen der Außenpolitik** Stellung nehmen. Unsere Länder müssen die Gefahren einer Destabilisierung abwehren, die insbesondere in Afrika Unruhen und Konflikte von unvorhersehbaren Ausmaßen und Dauer hervorrufen und ihre Interessen auf diesem Kontinent in Frage stellen würde. Sie müssen ihre regelmäßige Versorgung mit Erdöl zu Preisen sicherstellen, die mit der Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung vereinbar sind, und sich über ihr Verhalten gegenüber der Absicht Chinas, sich bei den freien Ländern die Mittel zu seiner Machtentfaltung zu beschaffen, abstimmen.

Meine Damen und Herren! In welchem Rahmen müssen diese Sicherheitsprobleme untersucht wer-

den? Ob man sich damit zufrieden gibt oder es bedauert, man muß feststellen, daß die Europäische Gemeinschaft zur Zeit nicht über die erforderliche rechtliche Grundlage verfügt, um alle diese Probleme anzusprechen. Soll man sich damit abfinden, daß Europa unvollständig bleibt, oder soll man im Gegenteil in Erwägung ziehen, daß Europa schon jetzt in einem geeigneten Gremium Fragen erörtert, die auf lange Sicht im Rahmen der europäischen Konföderation, die viele von uns erhoffen, behandelt werden müßten?

Ich glaube, daß die Befürworter eines **vereinigten Europas** eine vollständige Union wünschen. Es wird dabei allgemein anerkannt, daß selbst eine europäische Konzentration in den Bereichen, die ich gerade aufgezählt habe, weder bedeutet, daß das Bündnis mit den Vereinigten Staaten in Frage zu stellen, noch daß auf die nationale Souveränität des einzelnen Staates in Europa zu verzichten sei.

Die **Westeuropäische Union** kann uns für diese Aufgaben von ganz besonderer Hilfe sein. Denn durch ihre, der Westeuropäischen Union, umfassende Kompetenzen scheint sie tatsächlich ein Vorläufer einer vollkommenen europäischen Union zu sein. Die im Rahmen des geänderten Brüsseler Vertrages eingegangenen Verpflichtungen sind immer noch gültig. Wenn der Rat der Westeuropäischen Union auch die Ausübung seiner Zuständigkeiten in den von anderen Organisationen erfaßten Bereichen unterbrochen hat, so kann er diese oder jene Tätigkeit doch zu jeder Zeit wieder aufnehmen.

Wenn die soeben von uns aufgeführten Probleme auch nicht auf die Tagesordnung der politischen Beratungen der Neun gesetzt werden können, weil ihre Lösung Sicherheitsprobleme aufwirft, so können sie dennoch im Rahmen des Westeuropäischen Rates von den Ländern untersucht werden, die besonders zwingende gegenseitige Beistandsverpflichtungen eingegangen sind.

Unter den gegenwärtigen Umständen erscheint der Zustand, daß der Rat der Westeuropäischen Union praktisch nicht mehr arbeitet, bedenklich. Das atlantische Bündnis ist zwar der unentbehrliche Rahmen für die Abstimmung mit den Nordamerikanern, es kann jedoch nicht das rechtliche Instrument für den Aufbau dessen bilden, was Präsident Kennedy einmal als den europäischen Pfeiler des Bündnisses bezeichnete. Die Ambitionen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe sind auf den Abschluß technischer Abkommen für die gemeinsame Produktion begrenzt. Die Konsultationen über die politischen und industriellen, die wirtschaftlichen und die militärischen Bedingungen der europäischen Sicherheit müssen daher unbedingt im Rahmen einer europäischen Union stattfinden, die alle demokratischen Länder umschließt und die in gemeinsamen Anstrengungen die Mittel zur Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit und ihres Wohlstandes sucht.

Diese Union wird auf der Grundlage einer durch eine politische Version verstärkten Wirtschaftsgemeinschaft aufbauen. Dies setzt viel Zeit und viel guten Willen sowie die Inanspruchnahme aller verfügbaren rechtlichen Mittel voraus.

Der geänderte Brüsseler Vertrag kann daher einen ungemein wichtigen Beitrag zur Schaffung dieser Gemeinschaft leisten, und zwar auf Grund der Tatsache, daß er zur Zeit den einzigen Rahmen für eine europäische Konzertation in Sicherheitsfragen bietet.

Aus welchem Grunde also sollte man dieses Instrument nicht nutzen? Es besteht keine, aber auch gar keine Rivalität zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Westeuropäischen Union. Ohne die Europäische Gemeinschaft hat Europa keine physische Existenz, ohne die Westeuropäische Union bildet die Europäische Gemeinschaft eine unvollständige Union.

Was daher die **Versammlung der Westeuropäischen Union** betrifft, so ist sie das einzige Gremium, in dem die verschiedenen Lösungen dieses Problems erschöpfend erörtert werden können. Es ist ihre Aufgabe, in unseren Parlamenten eine geistige Übereinstimmung über die politischen Zielsetzungen der Europäischen Union zu fördern. Sie kann so im Einvernehmen mit den Regierungen die Lösung der Wirtschaftsprobleme, die sich aus unmittelbaren Interessenkonflikten ergeben, erleichtern.

Meine Damen und Herren, ich habe gerade die Reihe meiner Besuche bei den Ländern des revidierten Brüsseler Vertrages, sowohl bei den Parlamentspräsidenten als auch bei den zuständigen Staats- und Regierungschefs und zuständigen Ministern, abgeschlossen. Alle meine Gesprächspartner stimmten völlig mit mir überein, daß es notwendig sei, die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union heute und für die Zukunft zu stärken. Mit einem Wort: die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union muß auf den ihr eigenen Gebieten die Maßnahmen des Europäischen Parlaments zugunsten einer europäischen Union ergänzen und den politischen Reifungsprozeß Europas beschleunigen. Um das erste Wort meiner Eingangsrede aufzugreifen: sie muß Europa helfen, zu sich selbst zu finden.

Ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Staatsministers im Außenministerium, Bernard-Reymond

Tagesordnungspunkt:

Auswirkungen der zukünftigen Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften auf die Verteidigung Europas und auf die WEU

(Drucksache 793)

Berichterstatter: Abg. Frau von Bothmer

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe über einen Vorgang

zu berichten, der in diesem Hause nicht völlig ungewöhnlich ist. Der Ausschuß für politische Angelegenheiten hielt es für besser, den Bericht von Herrn **Druon** vorläufig zurückzuziehen, d. h. der Ausschuß hat beschlossen, ihn in dieser Sitzungsperiode nicht vorzulegen.

Dafür gab es verschiedene Gründe, die nicht bei Herrn Druon liegen. Uns erschien das Thema eigentlich nicht geeignet, in seiner vollen Breite, die dann nicht zu vermeiden gewesen wäre, diskutiert zu werden. Einmal bestand Dissens darüber, inwieweit **Verteidigungsaufgaben** zur Zeit eventuell **von einer anderen europäischen Organisation übernommen werden könnten**. Wir merkten allein an dieser Diskussion, daß wir zur Zeit nichts darüber aussagen können und nichts aussagen wollten.

Die andere Schwierigkeit war die von Herrn Druon vorgesehene Aufforderung an jene Länder, die der EG beitreten wollen, unabhängig von ihrem bereits gestellten oder noch nicht gestellten Antrag auf EG-Beitritt um den **Beitritt zur WEU** nachzusehen. Auch darüber kann man zweifellos diskutieren.

Aber der Mehrheit des Ausschusses erschien es, ich will mal sagen, diplomatisch nicht unbedingt geschickt, die Frage jetzt so zu stellen. Obgleich Herr Druon selber ein Amendement einbrachte, das die Nennung der verschiedenen Länder zurückzog und nur noch allgemein anregte, jene Länder zum eventuellen Beitritt aufzufordern, war die Mehrheit des Ausschusses der Meinung, daß man dieses gesamte Thema jetzt erst einmal zurückstellen sollte.

Ich möchte betonen, daß der Ausschuß eine ausgezeichnete und sehr fruchtbare Diskussion über die Arbeit und den Bericht von Herrn Druon geführt hat. Der Ausschuß hat Herrn Druon seine Dankbarkeit für die von ihm geleistete Arbeit ausgedrückt.

Nun muß ich allerdings hinzufügen, daß ich hinterher etwas erstaunt und auch ein wenig unangenehm berührt war über die Tatsache, daß ein Teil der Presse, auch der deutschen Presse, völlig falsch berichtet hat. Ich bin deswegen sehr unangenehm berührt, weil es sich hier offensichtlich um einen gezielten Vorgang handelt, Schwierigkeiten gerade zwischen Paris und Bonn zu erzeugen. Ich kann das nicht einsehen; denn wer in der Sitzung zugegen war, wird sich erinnern, daß es eigentlich überhaupt nicht die deutsche Delegation war, die — aus welchen Gründen auch immer — den Bericht von Herrn Druon ablehnen wollte; das war ganz und gar nicht der Fall.

Ich möchte diejenigen Personen, die aus diesem Hause Meldungen an Pressevertretungen weitergeben, dringend darum bitten, in Zukunft bei der Wahrheit zu bleiben; ich drücke mich absichtlich so stark aus. (Beifall)

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Plädoyer des sehr geschätzten Berichterstatters, des Kollegen Druon, hat genau das Gegenteil zur Folge gehabt, was einstimmig vom Ausschuß in Rom beschlossen wurde

und was Frau Kollegin von Bothmer als Vorsitzende hier vorgetragen hat: nicht in eine Sachdebatte einzutreten. Nach den langen Ausführungen und dank der Großzügigkeit, mit der der Herr Präsident die Geschäftsordnung gehandhabt hat, sind wir nunmehr in der Sachdebatte. Wenn das, was Kollege Druon hier als seine Meinung dargestellt hat, in der Sache unwidersprochen bleibt, entsteht ein völlig schiefes Bild der Motive des Ausschusses für den Beschluß, den Bericht hier nicht zu behandeln. Soviel als Bemerkung zur Geschäftsordnung.

Im übrigen möchte ich Herrn Druon beipflichten, wenn er sagt, daß in Paris beispielsweise meine Bedenken wegen der **Isolierung der Türkei** aufgegriffen worden seien. Ich halte es auch heute noch für unglücklich, Griechenland, Portugal und Spanien aufzufordern, der WEU beizutreten, die Türkei jedoch angesichts der Spannung zwischen Griechenland und der Türkei draußen vor der Tür zu lassen.

Ich kritisiere auch heute noch, daß in dem Bericht die Sicherheit, die wir der Atlantischen Gemeinschaft zu verdanken haben, zu kurz kam. Auch ich hätte gewünscht, daß die NATO stärker herausgearbeitet worden wäre als der entscheidende Faktor sowohl europäischer wie atlantischer Sicherheit.

Ich möchte wie Frau Kollegin von Bothmer mein Bedauern über die Mißverständnisse ausdrücken, die entstanden sind, und ich wäre traurig, wenn daraus sogar „malentendus franco-allemandes“ entstünden. In Rom hat kein Komplott geherrscht, aber einstimmige Entscheidungen eines parlamentarischen Ausschusses sind nun einmal einstimmige Entscheidungen — überall, in Rom wie in Paris.

Tagesordnungspunkt:
Europas auswärtige Beziehungen
(Drucksache 790)

Berichterstatte: Abg. Dr. Geßner

Dr. Geßner (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, den Bericht über die **Außenbeziehungen Europas** vorzutragen, einen Bericht, der mehrfach im Politischen Ausschuß erörtert worden ist.

Bei der Abfassung des Berichts stellte sich zunächst heraus, daß es schwierig ist, zu sagen, was man denn eigentlich unter Europa verstehen soll. Das Thema „Außenbeziehungen Europas“ ist ja außerordentlich weit gefaßt. Es bedarf gar keiner Frage, daß zu Europa z. B. auch Osteuropa gehört. Trotzdem war ich der Meinung, daß Osteuropa nicht Gegenstand der Erörterung sein sollte. Ich hätte sagen können, wir begrenzen uns auf das Europa der Westeuropäischen Union. Das wieder war ein Rahmen, der mir etwas zu eng vorkam. Bei der Betrachtung des Problems, was man unter Europa verstehen solle, bot sich immer mehr an, die Staaten zu meinen, deren Politik auf einer Gesellschaftsform beruht, die ich als demokratisch-pluralistisch bezeichnen möchte.

Letztlich läuft es also darauf hinaus, daß wir uns mit den Staaten befassen, die Mitglied des Europarats sind. Das ist das, was hier unter „Europa“ verstanden werden soll. Ich bitte also herzlich um Entschuldigung, daß ich nicht alles, was eigentlich noch zu Europa hinzugehört, in meinem Bericht erwähnt habe. Ich habe eine flexible Definition vorgenommen und dabei, entsprechend dem Auftrag der Westeuropäischen Union, die Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt unserer Erörterung gestellt.

Zunächst einmal gilt es, etwas über die inneren Voraussetzungen zu sagen, die in Europa vorhanden sind, wenn man die Frage erörtern will, ob überhaupt eine gemeinsame Außenpolitik gemacht wird.

Es gibt zunächst einmal — das muß man einleitend feststellen — kein gemeinsames Instrumentarium in Europa, das befähigt oder befugt wäre, für die Staaten der westlichen pluralistischen Staatenwelt gemeinsam Außenpolitik zu machen. Ich füge hinzu: Unter diesen Staaten gibt es wieder eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Interessen, die sie wahrnehmen müssen, sehr unterschiedliche Organisationen, denen diese westliche demokratische Staatengruppe angehört, beispielsweise dem Europarat, der Westeuropäischen Union, der NATO, dem Nordischen Rat, der Europäischen Gemeinschaft. Wir sehen also, daß Außenbeziehungen in den unterschiedlichsten Organisationen beraten und betrieben werden. Schon dieser Hinweis macht, glaube ich, deutlich, daß unter diesen Umständen natürlich von einer gemeinsamen Außenpolitik nicht gesprochen werden kann.

Dennoch: Bestimmte Staatengruppen haben in der Vergangenheit in bestimmten Fragen mehrfach eine **gemeinsame Haltung** bezeugt oder zumindest partiell eine gemeinsame Haltung zum Ausdruck gebracht. So gab es auf der großen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Gruppen europäischer Staaten, die über gewisse Strecken hinweg versucht haben, gemeinsam vorzugehen. Oder denken wir an die Nahosterklärungen der neun Außenminister der Europäischen Gemeinschaft. Dies darf **man nicht** unterschätzen, ebenso wie beispielsweise die Europäische Gemeinschaft versucht, in den Vereinten Nationen mit einer Stimme zu sprechen. Ich führe dies als Beispiel dafür an, daß es in bestimmten Situationen durchaus immer wieder zu gemeinsamen Willensbekundungen kommt. Allerdings geht dies nicht so weit, daß man von einer gemeinsamen Außenpolitik schlechthin sprechen könnte. Man darf die vorhandenen Ansätze aber auch nicht unterschätzen.

Auch der **Europarat** spielt in diesem Zusammenhang seine Rolle. Der Europarat hat, wie ich finde, auch im Bereich der Außenbeziehungen eine wichtige Brückenfunktion, beispielsweise zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten der Freihandelszone sowie den Staaten, die sich einen neutralen Charakter gegeben haben. Es gibt eine ganze Reihe sehr nützlicher Analysen und Initiativen des Europarats, gemeinsame Beschlüsse der Parlamentarischen Versammlung zu außenpolitischen Fragen. Die Versammlung hat die Regierungen aufgefordert, in bestimmten Fragen der auswärtigen Politik gemeinsame Haltungen zu zeigen, beispiels-

weise gegenüber der Dritten Welt, im Nahostkonflikt, in Afrika oder vor der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Halten wir fest: Es gibt vielfältige Bindungen, die sich zum Teil allerdings überlappen, wobei eben oft spezifische Interessen zum Ausdruck kommen.

Der dritte Punkt, der hier von Bedeutung ist, ist die **Stellung Europas in der Welt**. Ich bin bei meinen Erörterungen davon ausgegangen, daß seine Stellung heute nicht mehr verglichen werden kann mit seiner Stellung in vergangenen Jahrzehnten oder Jahrhunderten. Der Zweite Weltkrieg hat tiefe Spuren hinterlassen. Es steht außer Zweifel, daß die europäische Identität heutzutage anders definiert werden muß als dies im vergangenen Jahrhundert oder vorher der Fall gewesen ist.

Ich erlaube mir, hier eine Stellungnahme der neun Außenminister der Europäischen Gemeinschaft zu zitieren:

In der Vergangenheit konnten die europäischen Länder auf der internationalen Bühne einzeln eine bedeutende Rolle spielen. Heute sehen sie sich jedoch weltpolitischen Problemen gegenüber, die sie schwerlich allein lösen können. Die in der Welt eingetretenen Veränderungen und die wachsende Zusammenballung von Macht und Verantwortung in den Händen ganz weniger Großmächte verlangen, daß Europa sich zusammenschließt und mehr mit einer einzigen Stimme spricht, wenn es sich Gehör verschaffen und die ihm zukommende weltpolitische Rolle spielen will.

Ich füge hinzu, daß ich mich mit dieser Erklärung der neun Außenminister absolut identifizieren kann.

Dennoch wäre es natürlich falsch, anzunehmen, Europa habe heute überhaupt kein Gewicht mehr in der Welt. Europa ist ein durchaus ernstzunehmender Faktor in der Weltpolitik. Ich denke beispielsweise an die Größe seines Bruttosozialprodukts, an die Zahl der Menschen, die hier leben, an die Währungsreserven oder auch an seinen Anteil am Welthandel. Es wäre allerdings nach meiner Meinung ein Irrtum, zu glauben, daß sich Europa zu einer Art Superstaat entwickeln, eines Tages vielleicht einmal eine Supermacht werden könnte. Dazu fehlen Westeuropa die inneren, aber auch die äußeren Voraussetzungen. Ich habe schon erwähnt, daß es keine supranationalen Institutionen gibt, die für eine gemeinsame Außenpolitik Sorge tragen könnten. Von ganz erheblicher Bedeutung scheint mir darüber hinaus zu sein, daß Westeuropa in hohem Maße militärisch und wirtschaftlich verwundbar ist.

Zu dieser Verwundbarkeit und Abhängigkeit hat der frühere Premierminister Tindemans folgendes ausgeführt — ich füge dieses Zitat meiner Rede bei —:

Was mir bei meinen Gesprächen vor allem aufgefallen ist, war das allgemein verbreitete Gefühl unserer Verwundbarkeit und Ohnmacht. In der jüngsten Geschichte ist dies eine neue Erfahrung für unsere Völker.

Der Premierminister hat sich mit diesem Problem noch weiter auseinandergesetzt; ich möchte dies aber aus Gründen der Zeitersparnis nicht weiter ausführen. Mir scheint jedoch, daß hier eine durchaus richtige Einschätzung der Situation erfolgt ist.

Meiner festen Überzeugung nach, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist Westeuropa in erster Linie eine zivile Macht. Ich glaube nicht, daß Westeuropa ein militärisches Machtzentrum ist. Daraus leite ich die Schlußfolgerung ab, daß Westeuropa in der Welt vor allem eine **ausgleichende Rolle** spielen sollte. Wenn auch unsere militärischen Handlungsmöglichkeiten beschränkt sind, so sind die Möglichkeiten Westeuropas doch sehr groß, z. B. im Bereich der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Kultur, aber auch der Politik schlechthin.

Europa muß dazu beitragen, daß die Konfrontation zwischen Ost und West möglichst abgebaut wird. Ich glaube nicht, daß es im europäischen Interesse liegt, wenn der kalte Krieg forciert werden würde.

Eine weitere Möglichkeit, die ich für Westeuropa sehe, ist die Zusammenarbeit mit der großen Industrienation Japan. Wir haben vor einiger Zeit einen Weltwirtschaftsgipfel erlebt, an dem auch Japan teilgenommen hat. Dort wurde deutlich, daß es für das ökonomische Wohlergehen Europas von außerordentlicher Bedeutung ist, daß die Kooperation zwischen uns und der großen japanischen Industriemacht verbessert wird.

Eine weitere Möglichkeit, die ebenfalls nicht ausgeschlossen werden darf, ist die verstärkte Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China. Es ist selbstverständlich und gehört zum Wesen der Entspannungspolitik, daß wir mit all denen, die dazu guten Willens sind, Handel und Wandel treiben sollten, und dazu gehört auch jener Teil der Welt, von dem ich eben gesprochen habe. Es wäre aber nach meinem Gefühl sehr verhängnisvoll, wenn das Motiv für die Zusammenarbeit militärischer Natur wäre. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß dann das, was wir durch die Entspannungspolitik sehr, sehr mühsam auf den Weg gebracht haben, blockiert werden würde.

Noch eine Möglichkeit, die Westeuropa hat, ist die, eine aktive Rolle im Nord-Süd-Dialog zu spielen. Ich denke, es gibt dafür ein gutes Beispiel in Form des Abkommens von Lomé, das mit 53 Staaten abgeschlossen worden ist. Wichtig dabei ist, daß wir unser Verhältnis zur Dritten Welt ausrichten auf der Grundlage fairer Partnerschaft.

Schließlich würde ich als weitere Möglichkeit außenpolitischer Betätigung sehen, daß wir versuchen, als westeuropäische Staaten einen spezifisch europäischen Beitrag zur Herstellung des Friedens im Nahen Osten zu leisten.

Damit möchte ich dieses Kapitel beschließen und nun zu den **außenpolitischen Zielen** Westeuropas kommen. Wichtigstes Ziel muß es sein, den Frieden zu sichern und aufrechtzuerhalten. Daraus möchte ich fünf Schlußfolgerungen ziehen, nämlich: Aufrechterhaltung der Sicherheit, Fortführung und Aus-

bau der Entspannungspolitik, Sicherung der Rohstoffversorgung und Gewährleistung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Fortführung des Nord-Süd-Dialogs mit dem Ziel einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und die Sicherung der Stabilität Südeuropas. Dies sind die Konsequenzen, die man aus dem, was ich bisher gesagt habe, ziehen muß, wenn es darum geht, den Frieden zu sichern und aufrechtzuerhalten.

Zum Thema **Sicherheit** lassen Sie mich folgendes sagen: Ich habe diesen Begriff nicht nur auf den Bereich der militärischen Sicherheit abgestellt, sondern ihn ergänzt. Gemeint sind die militärische Sicherheit, aber auch die wirtschaftliche, die soziale und die innere Sicherheit. Diese übergreifende Interpretation des Begriffs Sicherheit wird im Bericht als wichtige Voraussetzung zur Erhaltung und Stabilisierung des Friedens betrachtet.

Ganz klar ist für mich — und ich nehme an, daß in der Westeuropäischen Union Übereinstimmung besteht — das Ziel der Aufrechterhaltung des **militärischen Gleichgewichts**. Allerdings bin ich mir darüber im klaren, daß auf dieser Grundlage der Frieden verhältnismäßig labil ist. Denn solange sich beide Blöcke waffenstarr gegenüberstehen, ist der Frieden nicht so sicher, wie er es in unser aller Interesse sein sollte. Wenn wir ihm also dienen wollen — und dies zu tun, ist eine aktive Funktion westeuropäischer Außenpolitik —, müssen wir uns dafür verwenden, daß Ost und West gleichmäßig und gleichwertig abrüsten. Allerdings sollten wir den Begriff des Gleichgewichts dynamisch betrachten. Wir sollten nicht nur zählen: was hat diese Seite, was hat jene, sondern wir sollten alle Faktoren heranziehen, die berücksichtigt werden müssen, beispielsweise die räumliche Nähe oder Entfernung, wenn wir eine Politik der Abrüstung auf der Grundlage des Gleichgewichts praktizieren wollen. Dies verlangt den Willen zum Kompromiß auf allen Seiten. Wenn dieser Wille nicht vorhanden wäre, könnte man, glaube ich, nicht wirklich sinnvoll Abrüstungsgespräche führen.

Gleichermaßen wichtig für uns ist, daß wir uns darüber im klaren sind, daß wir diese Politik nur hinter dem Schutzschild der Nordatlantischen Allianz machen können. Zu dieser Allianz gibt es heutzutage keine Alternative.

Der Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit ist, wie ich finde, offenkundig. Denn ich kann mir nicht gut vorstellen, daß die Verteidigungsfähigkeit der westlichen Staatengruppe optimal sein kann, wenn unsere Staaten von wirtschaftlichen Krisen geschüttelt werden. Deswegen kommt es auch darauf an, unsere ökonomischen Verhältnisse so zu organisieren, daß wir in der Lage sind, unsere Sicherheit nach außen hin auch tatsächlich zu gewährleisten.

Europa ist auch außerordentlich verwundbar hinsichtlich der **Rohstoffzufuhr**, die nun einmal notwendig ist. Ich glaube nicht, daß wir jemals eine Situation erleben werden, in der diese Verwundbarkeit nicht mehr existiert. Ich gehe davon aus, daß Europa mit dieser Verwundbarkeit leben muß, ob wir dies wollen oder nicht. Allerdings gehen die Abhängig-

keiten nicht nur in eine Richtung. Es gibt — glücklicherweise, möchte ich fast sagen — Abhängigkeiten in die verschiedensten Richtungen; es gibt auch in Richtung Europa Abhängigkeiten derer, von denen wir in bezug auf Rohstoffe abhängig sind. Es kommt darauf an, daß wir bemüht sind, Kooperation zu zeigen. Die Abhängigkeit, von der ich gesprochen habe, kann man nur durch Kooperation mit den Staaten, die unsere Partner sind, zwar nicht beseitigen, aber zumindest mildern. Und jeder von uns muß sich bewußt sein, daß die Gewalt als Mittel zur Beseitigung dieser Abhängigkeit ausscheidet.

Eine Möglichkeit zu einem Beitrag Europas würde ich auch darin sehen, wenn es darum geht, zu einer **gerechteren Weltwirtschaftsordnung** zu kommen.

Die soziale Sicherheit ist von mir schon angesprochen worden. Die Verteidigungsfähigkeit der westeuropäischen Staaten leidet, wenn es im eigenen Land soziale Unruhen gibt. Wenn wir unsere Sicherheitsbedürfnisse optimal befriedigen wollen, müssen wir dafür die notwendigen sozialen Voraussetzungen schaffen, damit wir uns nicht durch innere Unruhen in eine Lage hineinmanövrieren, die es erschwert, unsere Sicherheitsinteressen zu wahren.

Und schließlich wollte ich zum Thema Sicherheit noch sagen, daß auch der Terrorismus durchaus eine große Rolle spielt. Könnte er doch dazu führen, westliche Gesellschaftsordnungen von innen her zu bedrohen. Daraus möchte ich die Schlußfolgerung ziehen, daß wir uns dazu aufgerufen fühlen sollten, dieser Bedrohung durch eine gemeinsame Politik, durch gemeinsame Maßnahmen und Aktionen Herr zu werden.

Zu den Interessen und Zielen Europas, über die ich soeben gesprochen habe, gehört weiter die Fortführung und der Ausbau unserer **Entspannungspolitik**. Ich habe in meinem Bericht einige Beispiele genannt, von denen ich glaube, daß sie der Entspannung dienen, einige Verträge, die abgeschlossen worden sind, beispielsweise das Berlin-Abkommen. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich dies jetzt nicht weiter ausführe.

Wenn auch unter uns eine sehr unterschiedliche Auffassung vorhanden sein mag über die aktuelle Politik, die man zur Entspannung treiben sollte, so sollte doch zwischen uns kein Dissens bestehen, wenn es um die Zielsetzung geht. Wir alle fühlen uns doch gemeinsam verpflichtet, das Prinzip der Entspannung generell zu akzeptieren. Wie man das im einzelnen macht, welche Methoden man anwendet, ist eine Frage, die im Laufe der Diskussion immer wieder geklärt werden muß. Aber zunächst einmal muß Klarheit über das Ziel bestehen. Ich glaube, daß bei uns in der Westeuropäischen Union, was die Zielsetzung angeht, Entspannung zu wollen, Einverständnis herrscht. Dies ist außerordentlich wohltuend zu wissen.

Ich will an dieser Stelle nun deutlich sagen, daß Entspannungspolitik keine ideologische Koexistenz bedeutet. Es ist immer wieder wichtig, dieses Prinzip deutlich herauszustellen, weil ja jeder bleibt, was er ist. Wir probieren dort Normalisierung herzustellen, wo es einen gemeinsamen Nenner zwi-

schen unserer und der anderen Seite gibt. Trotzdem bleiben wir und auch die anderen, was sie sind. Die ideologische Auseinandersetzung wird durch die Entspannungspolitik nicht aus der Welt geschafft.

In diesem Zusammenhang wollte ich darum bitten, sich einmal zu überlegen, ob wir als Westeuropäische Union nicht einen Beitrag leisten sollten, wenn es um die Vorbereitung der Nachfolgekonzferenz für die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Jahre 1980 in Madrid geht. Es wäre fruchtbar, rechtzeitig darüber zu diskutieren, was wir auf einer solchen Konferenz vortragen und auf welche Probleme wir uns konzentrieren sollten. Wir müssen rechtzeitig darüber reden, wie wir uns den Fortgang der Entwicklung vorstellen.

Ich glaube, Europa muß seine eigenen Interessen ganz massiv wahrnehmen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das **SALT 2-Abkommen** zu sprechen kommen, das zur Zeit diskutiert wird. Ich gehe davon aus, daß wir ein derartiges Abkommen bekommen werden und daß dann, wenn dieses Abkommen unter Dach und Fach sein wird, der Weg frei ist für ein Abkommen SALT 3. Nach SALT 2 muß SALT 3 kommen, wenn wir unsere europäischen Interessen wahrnehmen wollen.

Ich sage dies aus folgendem Grunde. Wir alle haben zur Kenntnis genommen, daß die Sowjetunion eine ganze Reihe von Waffen produziert, die in erster Linie taktischer Natur sind. Sie sind nicht in erster Linie auf die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet, sondern auf Westeuropa. Dies ist ein Sachverhalt, an dem man einfach nicht vorbeigehen kann. In diesem Zusammenhang nenne ich nur die SS20-Raketen, wie sie im NATO-Sprachgebrauch heißen. Diese Raketen sind auf West- und Mitteleuropa gerichtet. Wir müssen also, wenn SALT 2 beendet ist, unser europäisches Interesse darauf ausrichten, daß ein Abkommen geschlossen wird, um sicherzustellen, daß diese Bedrohung so klein wie möglich gehalten wird. Die Grauzone, die entstanden ist durch die Produktion taktischer Mittelstreckenraketen in der Sowjetunion, muß verschwinden. Einschränkung füge ich hinzu: Wenn sie schon nicht ganz beseitigt werden kann, so ist es unser Interesse, die Gefahr so gering wie nur möglich zu halten. Deswegen glaube ich, wir müssen uns als Europäer Gedanken darüber machen, wie in die Verhandlungen, von denen ich soeben gesprochen habe, hineingegangen werden muß.

Ich habe in meinem Bericht auch etwas über die Sorge zum Ausdruck gebracht, die mich in bezug auf die Ausweitung des **internationalen Waffenhandels** berührt. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür — ich will das offen sagen —, daß Staaten, die zur Dritten Welt gehören, die ökonomisch und sozial einen niedrigen Level haben, die sich ökonomisch noch weiterentwickeln müssen, in einer ganzen Reihe von Hauptstädten versuchen, Waffen zu erwerben. Nun kann es nicht unseres Amtes sein, einem souveränen Staat Vorschriften zu machen. Aber wir sollten uns doch überlegen, ob es nicht an der Zeit ist, darüber nachzudenken, wie man derartige Waffenströme unter Kontrolle halten kann.

Ich glaube, dies ist ein wahnsinnig kompliziertes Projekt. Ich glaube auch nicht, daß man es von heute auf morgen bewältigen kann. Aber ich glaube an die Notwendigkeit, so bald wie möglich etwas in diese Richtung Gehendes tun zu müssen. In diesem Zusammenhang bedaure ich es außerordentlich, daß die Sowjetunion Entwicklungshilfe offenkundig vorwiegend als Lieferung von Waffen betrachtet. Ich glaube, es ist eine gute Sache, daß die Vereinigten Staaten einerseits und die Sowjetunion andererseits über den Waffenhandel miteinander diskutieren. Ich bin kein Prophet, ich weiß nicht, ob beide zu einem Ergebnis kommen. Aber daß überhaupt über dieses Problem gesprochen wird, ermuntert mich. Ich finde, die europäischen Staaten sollten von sich aus darüber nachdenken, welchen Beitrag sie in diesen Dialog einzubringen in der Lage sind.

Zu den Zielen und Interessen Westeuropas gehört auch, zu versuchen, in einem bestimmten Teil Europas diejenigen Verhältnisse herzustellen, die für eine erfolgreiche Darstellung unserer Außenbeziehungen notwendig sind. Ich meine, wir sollten uns verstärkt bemühen, daß die **außenpolitische Stabilität Südeuropas** wiederhergestellt wird. Ich erinnere Sie an den Zypern-Konflikt, an die sehr ernsten Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei. Ich habe keinen Zweifel, daß durch diesen Streit die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Nordatlantischen Bündnisses beeinträchtigt worden ist. Ich habe auch keinen Zweifel daran, daß durch diesen Konflikt unsere militärische Sicherheit nicht optimal gewahrt wird. Deswegen ist es gut, wenn sich beispielsweise die Außenminister der neun EG-Staaten vermittelnd einschalten, um auf diese Weise dazu beizutragen, daß dieser Konfliktstoff so bald wie möglich abgetragen werden kann.

Meine Damen und Herren, ich habe eine ganze Reihe von Punkten genannt, deren Diskussion ich für wichtig erachte. Lassen Sie mich zusammenfassend folgendes sagen: Es ist zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich noch nicht möglich, von einer einheitlichen, geschlossenen europäischen Außenpolitik zu sprechen. Dazu fehlt dem demokratischen Europa vor allem eine Reihe von inneren Voraussetzungen. Dennoch hat sich nach Auffassung des Berichterstatters für die demokratischen Staaten Europas ein Geflecht von Außenbeziehungen entwickelt, das ein einheitliches Muster erkennen läßt und bei aller Verschiedenheit der Interessenlagen eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweist.

Im Zentrum dieser Gemeinsamkeit steht nach Auffassung des Berichterstatters der hohe Grad von Abhängigkeit und Verwundbarkeit Europas auf Grund seiner wirtschaftlichen und militärischen Lage. Seine Sicherheit kann Europa nur im Rahmen der Atlantischen Allianz gewährleisten. Daraus ergibt sich das gemeinsame Interesse, Europa als Faktor des Friedens, des Ausgleichs und der Entspannung zu erhalten und eine Außenpolitik zu betreiben, die von der Bereitschaft gekennzeichnet ist, mit allen Teilen der Welt zusammenzuarbeiten. Nicht als Militärmacht, sondern als Zivilmacht vermag Europa in erster Linie Einfluß in der Welt zu entfalten.

Die wichtigsten Lebensinteressen Europas sind die Aufrechterhaltung der Sicherheit und des Friedens, die Fortführung und der Ausbau der Entspannungspolitik, die Sicherung der Rohstoffversorgung und die Gewährleistung der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit, die Fortführung des Nord-Süd-Dialogs mit dem Ziel einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung sowie die Sicherung der Stabilität Südeuropas. Ohne Europas Stellung in der Welt überschätzen zu wollen, ergibt sich daraus eine Aufgabenstellung, die den demokratischen Staaten Europas viel Energie und konzeptionelles Denken abverlangt.

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin damit an den Schluß meiner Betrachtungen gekommen und erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß der Politische Ausschuß den vorliegenden Bericht und die Resolution einstimmig gebilligt hat. Ich bitte Sie sehr herzlich um Zustimmung und bedanke mich für Ihre Geduld.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Unser Berichterstatter, Herr Geßner, hat einen sehr ausgewogenen Bericht über die **Außenbeziehungen Europas** vorgelegt. Die Ausgewogenheit geht auch daraus hervor, daß das General Affairs Committee diesen Bericht einstimmig gebilligt hat.

Eine solche Debatte ist aber auch Anlaß, die eine oder andere Anmerkung, Ergänzung oder Unterstreichung vorzubringen. Ich möchte dies in drei Punkten tun. Zu der Frage der Sorge um den südlichen Teil Europas, um unsere Beziehungen zu China und zur Frage des Terrorismus möchte ich drei Bemerkungen machen.

Zunächst zu **Südeuropa**.

Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß uns das südliche Europa gewisse Sorgen bereitet. Im südlichen Europa haben vor allem Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung eine ganz große Bedeutung.

Wir wissen, daß die Frage der Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hier eine große Rolle spielt. Wir wissen, daß der Lebensstandard im südlichen Europa wesentlich geringer ist als im Norden. Wir kennen die hohen Arbeitslosenziffern. Ich glaube, hier haben die weiterentwickelten Industrienationen des Nordens eine gewisse Verpflichtung, sich in Südeuropa stärker zu engagieren. Das müßte in der Art einer gegenseitigen Ergänzung, einer Kooperation geschehen, die sowohl für die nördlichen Nationen einen gewissen Nutzeffekt hat als auch dem Süden tatsächliche Hilfe und Verbesserung bringt. Ich möchte nur an einem Beispiel aufzeigen, wo mir das möglich zu sein scheint.

Sie alle wissen, daß man sich große Sorgen über die **Verschmutzung des Mittelmeeres** macht. Man weiß, daß der Mittelmeerraum, man kann es fast sagen, Naherholungszentrum für die Touristen aus dem nördlichen Europa ist, und man weiß, daß die Nationen, die an das Mittelmeer angrenzen, in vielen Fällen gar nicht in der Lage sind, die Kapitalien aufzubringen, die notwendig sind, um Einrichtungen

zu schaffen, durch die dieser Verschmutzungsprozeß zumindest gestoppt wird.

Hier wäre eine echte Chance der Kooperation gegeben, um Kapitalien aus den nördlichen Teilen Europas in Süditalien oder Griechenland oder anderen Bereichen des Mittelmeerraums zu investieren, um Kläranlagen und Kanalisationssysteme zu schaffen, Einrichtungen, die mit viel Beschäftigung verbunden sind. Dies wäre auch ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, und es würde indirekt wieder den Nationen aus dem Norden und deren Bürgern zugute kommen, wenn der Verschmutzungsprozeß des Mittelmeers gestoppt, vielleicht sogar zurückgedrängt würde.

Soviel zu dem ersten Punkt.

Nun zum zweiten Punkt: **China**. Ich teile die Meinung des Berichterstatters, wenn er sagt, nach seiner Auffassung könne es keine Überlegung über ein Sicherheitsbündnis etwa mit China geben. Aber ich gehe doch so weit, zu sagen, daß zumindest für die europäische Politik der Faktor China auch in Fragen der Sicherheitspolitik ins Kalkül gezogen werden muß. Gewiß gibt es das Wort von Mao, daß ein fernes Feuer nicht von einem nahen Wasser gelöscht werden kann und umgekehrt. Aber man muß zumindest die Existenz dieses Landes und seine Haltung in die Sicherheitsüberlegungen einbeziehen.

Natürlich können die westeuropäischen Nationen nicht den Kampf Chinas gegen eine Kolonialmacht aus dem 19. Jahrhundert unterstützen, — übrigens die letzte Kolonialmacht, die es noch gibt, die fremdes Territorium besetzte. Das ist sicher keine Aufgabe europäischer Nationen. Aber die Rolle, die China in der Weltpolitik spielt, muß mit großer Aufmerksamkeit gesehen werden.

Ich habe vor wenigen Wochen eine sehr interessante persönliche Erfahrung gemacht. Ich habe bei einem Besuch in einem Land der Dritten Welt, das sich große Sorgen über die imperialistischen Tendenzen — etwa der Sowjetunion — macht, einen führenden Mann des Verteidigungswesens dieses Landes gesprochen, das heute absolut pro-westlich und anti-sowjetisch, wenn Sie so wollen, eingestellt ist. Es war ein Mann, der in China als Guerilla ausgebildet worden ist und inzwischen eine ganz andere Position bezogen hat. Dieses China, das auch im Verhältnis zu diesem Land eine Schwenkung vorgenommen hat, hat hier einen Beitrag zu einer weltweiten Sicherheitspolitik geleistet, den man in Europa nicht hoch genug einschätzen kann. Denn einiges, was in den letzten Jahren passiert ist an Ausgleich und Entspannung zwischen Ost und West, ist u. a. auch dadurch entstanden, daß die schwache Position des Westens nicht schwächer geworden ist, sondern sich vielleicht sogar etwas verbessert hat, weil die chinesische Karte in den Überlegungen eine bestimmte Rolle zu spielen begonnen hat.

Die dritte Bemerkung, die ich machen möchte, beschäftigt sich mit dem Abschnitt, den unser Berichterstatter, Herr Geßner, dem **Terrorismus** gewidmet hat. Ich teile voll und ganz seine Meinung, daß alle Nationen ein gemeinsames Interesse daran haben

müssen, gemeinsam und entscheidend gegen den Terrorismus zu kämpfen. Wenn ich diese Feststellung lese, meine sehr verehrten Kollegen, und dann zur Kenntnis nehme, daß es heute Nationen gibt, die in offener Komplizenschaft mit den Terroristen handeln, wenn ich daran denke, daß **Jugoslawien**, das im Verhältnis zu Westeuropa durchaus eine Rolle spielt, nicht nur, wie man vielleicht hätte sagen können, festgenommene Terroristen wieder auf freien Fuß setzt, sondern diese Terroristen in echter Komplizenschaft und in Geheimhaltung gegenüber denen, die international nach diesen Terroristen fahnden, in Sicherheit bringen, dann muß ich feststellen, daß es immer noch Nationen gibt, die sich offensichtlich außerhalb der zivilisierten Welt stellen.

Deshalb ist ein kommunistisch regiertes Land wie Bulgarien, ein Mitglied des Warschauer Pakts, ein Gegensatz dazu, weil es, wie wir wissen, in Fragen der Fahndung nach Terroristen gut kooperiert. Jugoslawien tritt dagegen offensichtlich völlig als Outsider der zivilisierten Welt auf.

Ich glaube, wenn man den Terrorismus in der Welt — wir haben in der letzten Sitzung ja eine Debatte darüber gehabt — wirklich bekämpfen will — und dies ist ein Interesse aller Nationen, ganz gleich, welche Regierung sie haben —, dann müssen diejenigen an den Pranger gestellt werden, die nicht bereit sind, in diesem Sinne zu kooperieren. Dies muß in aller Deutlichkeit unterstrichen werden.

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Zunächst einmal bin ich über das hohe Maß an Zustimmung erfreut, das diesem Bericht zuteil geworden ist. Ich finde die Zustimmung eigentlich ein bißchen sehr reichlich, und ich habe mich gefragt, ob ich nicht vielleicht etwas falsch gemacht habe. Wie dem auch sei, es sind eine ganze Reihe von Ergänzungen vorgetragen worden, die ich nur zustimmend zur Kenntnis nehmen kann. Ich sehe keine Veranlassung, sie weiter zu interpretieren. Vielmehr möchte ich auf einige Punkte eingehen, die vielleicht noch der weiteren Erläuterung bedürfen.

Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, wie wichtig die Stabilisierung der Verhältnisse in **Süd-europa** für die Außenbeziehungen Europas ist. Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß wir natürlich die Aufnahme Portugals, Spaniens und anderer Länder in die Europäische Gemeinschaft begrüßen, und zwar auch vor dem Hintergrund — und dies führt wieder direkt zu unserem Thema, den Außenbeziehungen Europas —, daß gerade diese beiden Staaten, Portugal und Spanien, auf Grund ihrer jahrhundertelangen Politik über die Grenzen Europas hinaus über einen großen Schatz an Erfahrungen verfügen, den sie dann mit in die Europäische Gemeinschaft einbringen werden, und daß, auch wenn die Beziehungen heute formell nicht mehr so bestehen wie früher, dennoch Beziehungen nach Afrika oder Lateinamerika vorhanden sind, die für die Europäische Gemeinschaft, richtig angewandt, durchaus von Bedeutung sein können. Ich denke, daß dies ein Gesichtspunkt ist — ich habe ihn in

meinem Bericht kurz erläutert —, der noch einmal der mündlichen Erwähnung bedarf.

Ich gebe dem Kollegen Watkinson recht, wenn er sagt, man sollte auch sehen, daß die Gegenseite Mißerfolge hat. Auch nach meinem Gefühl diskutieren wir manchmal etwas einseitig. Dies hat deswegen Bedeutung, weil ja vieles von dem, was wir für unsere **Sicherheit** tun, auch eine Menge Geld kostet. Ich glaube, daß wir unserer Sicherheit dann den größten Gefallen erweisen, wenn wir unsere finanziellen Mittel optimal einsetzen. Dies kann man aber nur, wenn man sich wirklich genau darüber im klaren ist, wie das Kräfteverhältnis tatsächlich aussieht. Wenn man es falsch zeichnet, werden in bestimmte Kanäle Gelder hineinfließen, deren Einsatz an anderer Stelle viel wichtiger wäre. Ich glaube, daß dieser Gesichtspunkt in der Diskussion eine größere Rolle als bisher spielen sollte.

Was in bezug auf die Volksrepublik **China** gesagt worden ist, war zunächst einmal außerordentlich vorsichtig. Das finde ich sehr gut. Zweitens: Niemand hat in Abrede gestellt, daß es notwendig ist, mit diesem großen Staat Handel zu treiben. Wenn es irgend jemand in der Welt geben sollte, der glaubt, uns davon abhalten zu können, so muß man ihm von vornherein in aller Deutlichkeit sagen: Wir lassen uns von niemandem Vorschriften machen.

Dabei bitte ich allerdings immer zu bedenken, daß unsere auswärtige Politik so konstruiert sein muß, daß sie nicht in Abhängigkeit von dem Konflikt zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion gerät. Denn man muß sich doch auch einmal darüber Gedanken machen, daß durchaus Situationen entstehen könnten — vielleicht nicht heute, vielleicht nicht morgen —, in denen dieser Konflikt an Bedeutung verliert, weil dort vielleicht neue Leute in beiden Staaten die Führung stellen, und daß dieser Konflikt dann nicht mehr so scharf ausgeprägt ist wie heute. Wenn wir unsere Außenpolitik in eine Abhängigkeit von der Aufrechterhaltung dieses Konflikts geraten ließen, können wir eines Tages in eine schwierige Situation kommen. Dies gilt es immer zu bedenken.

Es verursacht uns schon genug Schwierigkeiten, daß wir in dieser Welt eine stark aufgerüstete kommunistische Großmacht haben. Ich weiß nicht, ob die Position der westlichen Demokratien auf die Dauer einfacher wird, wenn sich noch eine zweite kommunistische Großmacht aufgerüstet der ersten hinzugesellt. Und wie gesagt: sich immer darauf zu verlassen, daß die beiden im Konflikt stehen, ist für meine Vorstellung ganz bedenklich. Wir würden uns in eine gefährliche Abhängigkeit begeben. Ich wollte dies noch einmal zur prinzipiellen Klärung meiner eigenen Position sagen.

Ich gebe dem Kollegen Müller recht: in der Tat, wir haben große Möglichkeiten, in bezug auf **Süd-europa** Vernünftiges zu tun. Auch ich habe mit großer Sorge gelesen und gehört, in welcher erschreckender Weise heutzutage das Mittelmeer immer mehr verschmutzt. Das ist keine Sache mehr, die nur die Anrainerstaaten betrifft; dieses Problem betrifft uns alle, und es wäre wirklich großartig,

wenn wir uns — ich habe das in meinem Bericht vorgeschlagen — auf eine Art gemeinsames Hilfsprogramm einigen könnten, Es geht um die Einsicht, daß hier nicht einseitiges, sondern gemeinsames Interesse besteht. Es besteht genauso bei den nördlichen Staaten Europas oder bei den in Mitteleuropa gelegenen Staaten wie bei den Staaten, die mehr im Süden Europas angesiedelt sind.

Auch für meine Begriffe — ich muß dem zustimmen — gibt es Staaten, die sich der Komplizenschaft mit **Terroristen** nicht nur verdächtig machen, sondern sie sogar betreiben. Meines Erachtens wird man hier aber keine Gewaltlösungen praktizieren können. Dies ist ein langer, langer auch politischer Überzeugungsprozeß, der geleistet werden muß, und ich bin nicht sicher, ob er in jedem Fall Erfolg hat. Dies wage ich zu bezweifeln, wenn ich mir die einzelnen Staaten, die dafür in Betracht kommen, so vor Augen führe. Aber immerhin, das Ziel ist lohnend genug, um es anzusteuern.

Dem Kollegen Roper gebe ich recht. Natürlich betrifft die Frage der **Waffenlieferungen** auch die Käufer, und nicht nur diejenigen, die verkaufen wollen. Aber ich füge hinzu, wenn sich die Verkäufer darin einig wären — was sie nicht sind —, den Export zu begrenzen und zu beschränken, wäre man ein riesiges Stück vorangekommen. Was auf der Seite der Verkäufer nötig ist, ist eigentlich, ich möchte sagen, mehr restriktiver Art, während es gegenüber den Käufern mehr darauf ankommt, Überzeugungsarbeit zu leisten. Es geht darum, sie davon zu überzeugen, daß es ihnen im Grunde genommen nichts nützt, wenn sie sich bis zur Halskrause mit Waffen vollstopfen. Das ist eine Sache der politischen und vielleicht sogar der ideologischen Überzeugungsarbeit, die hier betrieben werden müßte. Aber ich gebe zu, daß man natürlich beide Seiten bedenken muß. Nur finde ich eben, daß es vielleicht ein bißchen näher liegt, bei den Staaten anzusetzen, die selber produzieren und verkaufen, weil eben doch eine ganze Anzahl von Staaten betroffen ist, die im eigenen Lager sind. Dabei verschweige ich nicht, daß meiner Überzeugung nach die Notwendigkeit besteht, sich auch in diesem Punkt mit der Sowjetunion und anderen Staaten zu besprechen. Und ich wiederhole, was ich vorhin schon in meinem Vortrag gesagt habe: ich halte es für außerordentlich positiv, daß Amerikaner und Russen in dieser Beziehung bereits in einen Dialog eingetreten sind.

Daß Europa ein Überstaat werden könnte, halte ich nicht für sehr wahrscheinlich, jedenfalls nicht in bezug auf seine militärische Leistungsfähigkeit. Diese veranschlage ich zwar nicht gering; sie ist sehr bedeutsam. Aber es ist eben so, wie dargestellt: dieses Europa befindet sich in einer ganz beachtlichen Abhängigkeit, und wenn das Öl nicht mehr sprudelte, so würden eben die Panzer nicht lange fahren können, und wenn wir keine anderen Rohstoffe mehr bekämen, würde dadurch die militärische Leistungsfähigkeit Europas ganz erheblich eingeschränkt — im Gegensatz zu den Großmächten, die in dieser Beziehung weitaus autonomer sind als wir.

Ich bin nicht der Meinung, daß man in der Frage der **Menschenrechte** — die übrigens auch in der Bundesrepublik sehr heftig diskutiert wird — nun jeden Tag eine Demonstration veranstalten muß. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man jeden Morgen eine Resolution verabschieden muß, in der man sich zur Bewahrung der Menschenrechte bekennt. Dieser Meinung bin ich nicht. Ich glaube, wenn man Menschenrechte verwirklichen will, wenn man helfen will, daß der in Gang gekommene Prozeß fortschreitet, muß man in der Tat — das trifft auch das, was der Kollege Valleix gesagt hat — eine gewisse Behutsamkeit an den Tag legen. Wir haben jedenfalls nach meiner Einschätzung in der Bundesrepublik die Erfahrung gemacht, daß übertriebenes Demonstrieren zu nichts führt. Es entwickelt sich für die andere Seite dann eine Prestigefrage, und das führt dazu, daß die Fronten sich versteifen. Mit versteiften Fronten aber kann man schwerlich Ergebnisse erzielen. Folglich muß man je nach der Situation das richtige Mittel einsetzen. Dies kann allerdings schon einmal darin bestehen, daß man sich etwa in den Vereinten Nationen ganz offen und demonstrativ anläßlich eines ganz bestimmten Vorfalles für eine Lösung in einer bestimmten Richtung einsetzt. Aber ich halte prinzipiell dafür, daß man alles, was diesen Prozeß überflüssig betrachten könnte, aus der Diskussion heraushalten muß, wenn man den betroffenen Menschen wirklich helfen will. Das schließt nicht aus — und hier gebe ich Ihnen recht —, daß man weiter an der Forderung der Verwirklichung der Menschenrechte festhalten muß.

Deswegen war es für mich einfach eine Selbstverständlichkeit, in meiner Resolution darauf zurückzukommen und davon zu sprechen, daß diese Forderung universell verwirklicht werden sollte. Denn es geht darum, zum Ausdruck zu bringen, daß Menschenrechte nicht nur in einem Teil der Welt mit Füßen getreten werden. Wenn wir uns einmal in der Welt umsehen, werden wir feststellen, es gibt eine ganz große Zahl von Staaten, in denen Menschenrechte nicht verwirklicht werden. Wenn ich mir einmal die über 150 Staaten vergegenwärtige, die Mitglied der Vereinten Nationen sind, und nachzähle, wieviel Demokratien unter diesen 150 sind, so komme ich zu dem Ergebnis: es sind knapp über 30; der größte Teil der in den Vereinten Nationen zusammengefaßten Staaten sind keine Demokratie. Wenn wir über Menschenrechte reden und es mit ihrer Verwirklichung ernst meinen, dürfen wir nicht nur in eine Himmelsrichtung blicken. Wir müssen überall dort hinsehen, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Ich bin nicht der Meinung, daß die Beschäftigung mit diesem Problem eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten bestimmter Staaten darstellt. Ich müßte jetzt eine Rede zitieren, die ich vor einiger Zeit im Europarat just zu dem Problem gehalten habe, warum die Diskussion darüber keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates ist: nicht nur, weil die Menschenrechte ein anerkanntes Prinzip unseres Völkerrechts sind, sondern — wenn ich mich jetzt einmal mehr auf die östliche Staatenwelt konzentriere — auch deswe-

gen, weil ja in den östlichen Staaten all das, was dort innenpolitisch geschieht, ideologisch gerechtfertigt wird. Dies ist so, und dies kann man in allen Reden nachlesen, die uns zur Verfügung stehen und die dort in der östlichen Staatenwelt — ich will ganz vorsichtig sein — publiziert werden. Und da die ideologische Auseinandersetzung zwischen uns und den Kommunisten weitergeht, ist darin natürlich auch das inbegriffen, was wir unter den Begriff der Menschenrechte subsumieren. Ich möchte dies jetzt nicht weiter ausführen. Ich wollte aber jedenfalls andeutungsweise sagen, in welche Richtung meine Argumentationskette in dieser Beziehung geht.

Der Kollege Valleix hat einige Punkte angesprochen, auf die auch ich schon an anderer Stelle kurz eingegangen bin. Er hat gesagt, wir müßten behutsam vorgehen, wir müßten uns eine bestimmte Mäßigung auferlegen. Dies ist alles richtig, und ich glaube, ich habe auch versucht, dies in meinem Bericht zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube nicht, daß dieser Bericht den Eindruck erweckt, als wollte ich sozusagen mit dem Stock der Menschenrechte etwas anderes treffen. Dies ist ganz gewiß nicht meine Absicht gewesen, und Derartiges kommt im Bericht auch nicht zum Ausdruck. Wenn ich von Menschenrechten rede, meine ich auch Menschenrechte, und dann geht es nicht darum, daß wir die Menschenrechte als Schlagstock benutzen, um zum kalten Krieg zurückzuführen. Auch das gibt es; aber dies ist nicht meine Position.

Es ist richtig, wenn gesagt worden ist, daß hier in Westeuropa und darüber hinaus in der Welt in Ost und West große Waffenlager und Streitkräfte vorhanden sind, die abgebaut werden müßten. Das stimmt: ich habe mich im Bericht dazu ja auch geäußert, wollte aber hinzufügen, daß es nicht nur darauf ankommt, lediglich abzubauen, sondern auch darauf, zu verhindern, daß hemmungslos weitergerüstet wird. Diese beiden Punkte sind es, die wir in das Blickfeld unserer Betrachtung rücken müssen. Es muß möglichst gleichwertig abgebaut werden. Wenn jemand allerdings versuchen sollte, die andere Seite zu übertölpeln, dürfte der Dialog sehr schnell zu Ende sein. Zweitens müssen wir, wie gesagt, dafür Sorge tragen, daß der **Rüstungswettlauf** nicht immer rasanter wird mit der Folge, daß es immer schwieriger wird, ihn zu stoppen.

Ich bin nicht ganz sicher, meine Damen und Herren, ob ich auf alle Punkte eingegangen bin, die aufgegriffen worden sind. Ich gebe Herrn Valleix recht, wenn er sagt, wir müßten wieder zu neuen Initiativen kommen. Das ist richtig. Dabei möchte ich jedoch hinzufügen, daß es in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Initiativen gegeben hat bzw. heute noch gibt, die es zu unterstützen gilt.

Ich darf mich für die Aufmerksamkeit, die Sie mir gezollt haben, sehr herzlich bedanken. Ich bin froh darüber, daß ich so viel Zustimmung bekommen habe, und ich hoffe auch, daß wir die Resolutionen mit einer stabilen Mehrheit annehmen können. — Herzlichen Dank.

Schlußwort der Ausschußvorsitzenden:

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Nur ein paar Worte! Der Ausschuß war im ganzen sehr zufrieden, daß dieser sehr umfängliche Bericht von allen akzeptiert werden konnte. Ich möchte das als einen besonders großen Erfolg herausstellen. Es liegt aber auch an der Art des Themas, daß die Darlegungen des Berichterstatters allgemein akzeptiert worden sind. Die Veränderungen, die hier vorgeschlagen werden, sind alle nicht so gravierend, daß über sie keine Einigung erzielt werden könnte. — Ich danke vielmals.

Abg. Vallaix legt den Änderungsantrag vor, im 2. Absatz der Präambel der nachstehenden Empfehlung 322 den zweiten Halbsatz zu streichen.

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Dieses Problem haben wir bereits im Politischen Ausschuß erörtert. Ich möchte bei der Linie bleiben, die wir dort besprochen haben. Wir waren uns darüber im klaren, daß es so bleiben sollte, wie im Entwurf vorgeschlagen

Vielleicht ist die Bemerkung, die ich jetzt mache, ein bißchen spitz. Aber ich führe sie trotzdem ein, weil sie vielleicht geeignet sein könnte, die Bedenken unseres hochverehrten Kollegen Valleix etwas zu zerstreuen. Es ist doch interessant, im Schrifttum der Sowjetunion zu lesen, daß man dort ebenfalls für die **Menschenrechte** sei. Das Problem ist nur, daß man dort unter Menschenrechten etwas anderes versteht als bei uns. Deswegen kann eigentlich die Tatsache, daß wir uns hier auf Menschenrechte beziehen, zunächst einmal von niemandem negativ aufgefaßt werden. Alle sind für Menschenrechte, auch die Sowjetunion, nur deckt sich das, was man dort darunter versteht, nicht mit dem, was wir darunter verstehen. Das bedeutet, daß man über Inhalte diskutieren muß. Aber den Begriff gibt es im sowjetischen Völkerrecht genauso wie bei uns, und zwar, wie ich eben deutlich gemacht habe, mit völlig anderer Auslegung als bei uns.

Ich sehe daher, wie gesagt, keine große Problematik darin, dem Passus so zuzustimmen, wie er im Entwurf steht.

Im übrigen muß man sich über folgendes im klaren sein. Wenn wir zu der Meinung kommen sollten, daß die Diskussion um Menschenrechte ein Eingriff in die Souveränität anderer Staaten wäre, dann könnten wir im Grunde genommen die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus überhaupt gar nicht mehr führen. Dann würde mit diesem Einwand alles abgeblockt. Aber da wir uns darüber einig sind, daß Normalisierung zwischen Staaten keine ideologische Koexistenz bedeutet, ist es an sich nur logisch, das zu akzeptieren, was in der Resolution niedergelegt ist.

Ich bitte daher, der Linie des Ausschusses zu folgen. Wir sollten den Text so lassen, wie er ist.

(Der Änderungsantrag wird zurückgezogen.)

Ein weiterer Änderungsantrag beabsichtigt die Ersetzung des vierten Absatzes der Präambel der

nachstehenden Empfehlung 322 durch die Worte: „ist der Auffassung, daß die militärische Sicherheit in Europa auf einem stabilen Kräftegleichgewicht beruht“.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Dieser Antrag ist bereits auf der Sitzung der Politischen Kommission in Rom vorgelegt und von ihrer sehr großen Mehrheit abgelehnt worden. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, den ich hier wiederholen möchte, daß es nicht angehe, zwei so unterschiedliche Bündnisse auf einen Nenner zu bringen, nämlich das Bündnis freier Staaten innerhalb der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft und den Zwangspakt, den die Sowjetunion im Warschauer Pakt verwirklicht hat.

Wir waren außerdem der Meinung, daß es notwendig ist, völlig klarzustellen, daß die Sowjetunion ihre Aufrüstung in einer Art betreibt, wie sie zu ihrer Verteidigung allein nicht mehr notwendig ist. Deswegen besteht innerhalb der westeuropäischen Staaten die Sorge, daß hier nicht nur Verteidigungsanstrengungen unternommen werden.

Um dies klar herauszustellen, hat sich der Politische Ausschuß eindeutig auf die Vorlage geeinigt, die uns Herr Geßner zugeleitet hat. Ich bitte deswegen, bei dieser Vorlage zu bleiben und die beiden Vorschläge, die soeben vom Kollegen Calamandrei unterstützt worden sind, zurückzuweisen.

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Ich schließe mich dem an und will zur Sache selber folgendes sagen.

Für mich steht fest: Die Bündnisse in Ost und West lassen sich ihrer Natur nach nicht miteinander vergleichen. Das scheint mir der entscheidende Punkt zu sein.

Ich habe in Rom darauf aufmerksam gemacht, daß es nach dem zweiten Weltkrieg lange Jahre gab, in denen die Vereinigten Staaten und das Nordatlantische Bündnis die einzigen waren, die über Atomwaffen verfügten und auch in der Lage waren, sie zu transportieren. Auf der anderen Seite gab es nichts. Erst Jahre später zog die Sowjetunion nach. Wenn die westliche Welt wirklich einen aggressiven Charakter hätte und eine Aggression hätte verwirklichen wollen, dann hätte sie in jenen Jahren Gelegenheit gehabt, ohne das Risiko der eigenen totalen Vernichtung zu kämpfen. Sie hat das aber nicht getan. Und warum nicht? Weil sie defensiv eingestellt ist.

Wenn wir Warschauer Pakt und NATO auf eine Stufe stellen, dann weiß ich nicht, ob wir damit dem defensiven Charakter der Allianz gerecht werden. Ich habe da gewisse Zweifel.

Weil dies so ist, glaube ich, die Formulierung sollte so stehenbleiben, wie sie im Entwurf vorgesehen ist. Ich will damit deutlich sagen: Selbst dann, wenn es nur die NATO und keinen Warschauer Pakt gäbe, wäre, glaube ich, der Frieden in Europa deswegen nicht gefährdet. Ich weiß nicht, ob man dies auch im umgekehrten Falle sagen könnte.

Dies veranlaßt mich, dafür zu plädieren, dem Entwurf zu folgen, wie er Ihnen vorliegt.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Empfehlung 322

betr. Europas auswärtige Beziehungen

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß Europa nur gedeihen kann, wenn der Friede erhalten bleibt;

ist der Auffassung, daß die westeuropäischen Staaten sich darin einig sind, daß die Demokratie und insbesondere die Menschenrechte universell gefördert werden müssen und daß eine solche Forderung keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten darstellt;

ist der Auffassung, daß die Außenpolitik der westeuropäischen Staaten die Bereitschaft zeigen muß, mit allen Teilen der Welt zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Völker aufrechtzuerhalten;

ist der Auffassung, daß die Sicherheit Europas, die ein stabiles Kräftegleichgewicht voraussetzt, am besten durch die Aufrechterhaltung der Atlantischen Allianz gewährleistet wird;

ist besorgt über die Zunahme der sowjetischen Rüstungsanstrengungen;

ist weiterhin der Auffassung, daß ein Wettrüsten zwischen Ost und West unsere Sicherheit nicht erhöhen kann, sondern eher neue Gefahren heraufbeschwört;

ist davon überzeugt, daß die Fortsetzung und der Ausbau der Entspannungspolitik mit dem Ziel, zu Vereinbarungen über Rüstungskontrollmaßnahmen sowie über gleichgewichtige Verringerung der Streitkräfte zu gelangen, im Interesse von Friedensbewahrung und militärischer Sicherheit liegen;

ist der Auffassung, daß die Ost-West-Zusammenarbeit auf allen Gebieten ein wesentliches Element der Sicherheit ist und auf einer stabilen Grundlage fortgeführt werden sollte;

ist der Auffassung, daß der Nord-Süd-Dialog intensiviert werden sollte, um das Nord-Süd-Gefälle möglichst rasch abbauen zu helfen;

ist davon überzeugt, daß der wirtschaftliche und soziale Fortschritt und damit auch innere Sicherheit und Stabilität im gemeinsamen Interesse der Industrie- und Entwicklungsländer liegen;

ist sich bewußt, daß die Abhängigkeit Europas von Rohstoffimporten ein hohes Maß an Verwundbarkeit darstellt;

ist der Auffassung, daß die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland, Portugal und Spanien ein großer Erfolg für ganz Europa ist, dessen Konsolidierung durch geeignete Hilfsmaßnahmen der westeuropäischen Länder erforderlich ist;

ist überzeugt, daß die Gesundung der Weltwirtschaft und damit auch die wirtschaftliche Stabilisierung der westeuropäischen Demokratie enge internationale Zusammenarbeit auf politischem und ökonomischem Gebiet zur Voraussetzung hat;

ist der Auffassung, daß die Tätigkeit des WEU-Rates auf einem Vertrag beruht, der ihm weitreichende Zuständigkeiten auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich gibt, auch wenn diese effektiv durch andere internationale Organisationen wahrgenommen werden;

EMPFIEHLT, DASS DER RAT

1. regelmäßig, vor allem auf seinen Ministertagungen, alle Probleme im Zusammenhang mit der Anwendung von Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrages überprüft, um festzustellen, inwieweit von den Möglichkeiten, die diese Vorschrift eröffnet, Gebrauch gemacht worden ist;
2. regelmäßig den Zustand des Kräftegleichgewichts in Europa und den Stand der Ost-West-Beziehungen untersucht und eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Förderung des Entspannungsprozesses sowie der kontrollierten Abrüstung aufrechterhält;
3. die sicherheitspolitischen Aspekte des Nord-Süd-Dialogs untersucht;
4. Probleme des Transfers von konventionellen Waffen, insbesondere in Länder der Dritten Welt, untersucht mit dem Ziel, eine gemeinsame Politik für die Kontrolle des Waffenexports zu entwickeln im Lichte der Tatsachen, daß jegliche wirksame Vereinbarung über Waffenlieferungen die Beteiligten sowohl des Liefer- als auch des Empfängerlandes erfordert;
5. in allen geeigneten internationalen Organisationen eine enge Zusammenarbeit mit den demokratischen Ländern Südeuropas und des Mittelmeerraums fördert und dafür eintritt, daß diese Länder so früh wie möglich in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden und am Prozeß des europäischen Zusammenschlusses teilhaben.

Dienstag, 21. November 1978

Tagesordnungspunkt:

Abrüstung — Begrenzung der strategischen Waffen; Neue Waffen und Verteidigungsstrategie

Drucksache 787, 788 und 789)

Berichterstatter: Abg. Roper

Ansprache des britischen Staatssekretärs für Auswärtige und Commonwealth-Fragen, J. Tomlinson

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Die Wiederaufnahme der Debatte zu den Abrüstungsfragen veranlaßt mich, zunächst ein Wort aufzugreifen, das der Kollege Bernini vorhin in seinem Beitrag gebraucht hat. Er hat davon gesprochen, daß man ein Klima des Vertrauens braucht, um die Fragen der Abrüstung zu klären und voranzutreiben. Ich möchte dem absolut beipflichten und möchte noch etwas aufgreifen, was der Kollege Bernini sagte. Er sieht es als wichtig an, durch die Abrüstung Mittel freizumachen, die für den Nord-Süd-Dialog verwendet werden könnten. In der Tat, das wäre bedeutend. Nur, die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen uns leider, daß der Waffenhandel einen starken Umfang angenommen hat und daß ein großer Teil der Länder der südlichen Hemisphäre ihre beschränkten Devisenmittel in erheblichem Maße dazu verwendet, Waffen zu kaufen.

Leider — ich muß das feststellen — hat die Sowjetunion inzwischen souverän die Führung bei diesen internationalen Waffengeschäften übernommen. Sie steht an der Spitze des **Waffenexports in sogenannte Entwicklungsländer**. Die Sowjetunion übertrifft aber nicht nur die Vereinigten Staaten im Waffenexport, sondern beschränkt sich bei ihren Hilfsmaßnahmen für Entwicklungsländer fast ausschließlich auf Waffengeschäfte. Ihre Hilfsmaßnahmen umfassen kaum zivile Maßnahmen, wie dies bei den Vereinigten Staaten doch in einem erheblichen Umfang der Fall ist.

Wenn wir von der Atmosphäre des Vertrauens sprechen, so möchte ich noch auf zwei Punkte hinweisen, die in den Berichten nicht ausdrücklich erwähnt werden, die mir aber in der Debatte um die Abrüstung wichtig erscheinen.

Der erste Punkt ist, daß auch die Psychologie eine gewisse Rolle spielt, daß die Verhältnisse im Innern der verschiedenen Länder einen Beitrag dazu leisten können, daß man entweder der Abrüstung gegenüber aufgeschlossen ist oder aber gar eine Hysterie der Abrüstung oder des Krieges anfacht.

Daß ich auf diesen Punkt zu sprechen komme, hängt damit zusammen, daß zum Beispiel die Deutsche Demokratische Republik mit Beginn dieses Schuljahres ein eigenes **Unterrichtsfach Wehrkunde** einführt. Man führt dort also Kinder an den Schulen zum Kriegspielen, so möchte ich fast sagen, was sicher nicht zur Verbesserung des Vertrauensklimas beiträgt. Das ist zwar nichts grundsätzlich Neues, denn diesen Unterricht gibt es in der Sowjetunion schon seit vielen Jahren. Man nennt ihn dort „patriotischen Unterricht“, und er ist ein Beitrag zur vormilitärischen Ausbildung. Aber die Einführung dieses Unterrichts in einem Land wie der DDR zeigt, daß zwar auf internationalen Konferenzen über Abrüstung geredet wird, daß aber das psychologische Klima in den einzelnen Staaten nicht unbedingt dieser Diskussion um die Abrüstung dient.

Zweitens muß auch das Problem der sogenannten **paramilitärischen Organisationen** und Verbände in die Debatte um die Abrüstung aufgenommen werden. Auch hier verweise ich auf das Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es sogenannte Betriebskampfgruppen, die nicht etwa nur eine Art besseren Werkschutzes mit Pistolen und Gewehren darstellen, sondern mit schweren Waffen ausgerüstet sind und, wie ein General der Nationalen Volksarmee bei einem Appell vor den Betriebskampfgruppen erklärt hat, eine große Schlagkraft für die nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik besitzen. Diese Betriebskampfgruppen gibt es nicht nur in der DDR, sondern — entgegen dem Viermächtestatut — auch im Ostteil von Berlin. Wir haben ja erst vor kurzem mit der Vereidigung von Rekruten der Bereitschaftspolizei im östlichen Teil von Berlin einen Verstoß gegen den Viermächtestatus dieser Stadt erlebt.

In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung, die zu dem ersten Punkt, der Psychologie, gehört: Auch die Tatsache, daß Kriegsverweigerer in den Staaten des Warschauer Paktes anders behandelt werden als in den Staaten des westlichen Europa, gibt zu Bedenken Anlaß. Ich möchte hier ausdrücklich den Ostberliner Nico Hübner erwähnen, der sich auf den Viermächtestatus dieser Stadt berufen hat, als er sich weigerte Kriegsdienst in der DDR zu leisten, und der dafür mit einer ganz erheblichen Strafe belegt wurde.

Ich glaube also — und damit möchte ich schließen —, man sollte bei all den Diskussionen um die Abrüstung nicht nur ganz nüchtern Kanonen und Raketen, Panzer und gepanzerte Mannschaftskraftwagen zählen, nicht nur Truppenstärken gegeneinander abwägen, sondern in der Debatte um die Abrüstung auch die psychologischen Momente sehen. Man muß ein Klima des Vertrauens schaffen, das dazu beiträgt, den Frieden, wie es so schön heißt, sicherer zu machen.

Empfehlung 323 betr. Abrüstung

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß die Ausgaben für Rüstung in der Welt sich nunmehr auf jährlich 400 Mrd. Dollar belaufen, und daß einige der ärmsten Länder mehr als die Hälfte ihrer öffentlichen Ausgaben für die Verteidigung verwenden;

vermerkt, daß, abgesehen von der Konvention über biologische Kriegsführung von 1972, seit dem Krieg noch kein Rüstungskontrollabkommen irgendwelche Abrüstungsmaßnahmen erzielt hat;

ist der Auffassung, daß der Aushandlung bestimmter dringender und konkreter Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen neue Impulse gegeben werden müssen, daß aber das Endziel die allgemeine

und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle bleiben muß;

begrüßt die Schlußfolgerungen, die die UN-Vollversammlung in der Sondersitzung über Abrüstung gezogen hat, insofern als sie die Weltöffentlichkeit auf die Dringlichkeit und Bedeutung von Rüstungskontrollmaßnahmen aufmerksam gemacht und den Ausschuß für Abrüstung in ein wirksames Verhandlungsforum umgewandelt hat;

erinnert an ihre Vorschläge von 1972 und 1974 für ein Satellitenbeobachtungssystem der Vereinten Nationen;

erinnert ferner an die von dem Rüstungskontrollamt der WEU erworbene Sachkenntnis und drängt darauf, daß sie jeder internationalen Organisation für Abrüstung zur Verfügung gestellt wird;

erinnert an die jährlichen Veröffentlichungen des Völkerbundes: „Jahrbuch für Rüstungsangelegenheiten“ und „Statistisches Jahrbuch über den Waffen- und Munitionshandel“;

erinnert an die Arbeit des ad-hoc-Ausschusses über inhumane Waffen im Rahmen der diplomatischen Konferenz von 1975 bis 1977 und die damit verbundenen Konferenzen von Regierungssachverständigen;

anerkennt die Verpflichtung, die WEU-Mitglieder mit anderen wichtigen Waffenlieferanten teilen, Abkommen über die Beschränkung des Welthandels mit Rüstungsgütern anzustreben;

EMPFIEHLT DEM RAT UND DEN MITGLIEDSREGIERUNGEN

ihr Vorgehen in allen zuständigen Gremien aufeinander abzustimmen, um dadurch:

1. ein universelles Abkommen über ein Programm für unverzügliche Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen sicherzustellen, das innerhalb der nächsten fünf Jahre geschlossen wird und folgende Punkte umfaßt: —
 - a) ein umfassendes Testverbot;
 - b) einen Vertrag über chemische Waffen;
 - c) schärfere Bestimmungen für die Nichtweitergabe von Kernmaterial mit strengen Sicherheitsvorkehrungen auf allen Stufen der zivilen nuklearen Brennstoffzyklen in Verbindung mit entsprechenden Sicherheitsgarantien für Länder, die kein Kernmaterial besitzen;
 - d) eine erhebliche Verringerung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Streitkräfte und Rüstungen in Europa;
 - e) unter Beteiligung der Liefer- und Empfängerländer Abkommen über die Eindämmung des internationalen Transfers konventioneller Waffen und die Verankerung der besonderen Verantwortung der wichtigsten waffenproduzierenden Länder, damit sie in ihrer Waffen-transferpolitik Beschränkungen durchführen;
 - f) die gewissenhafte und systematische Anwendung der in der KSZE-Schlußakte vorgesehe-

nen Maßnahmen, um das gegenseitige Vertrauen im militärischen Bereich zu stärken;

- g) die Ausdehnung der in der KSZE-Schlußakte enthaltenen Art von vertrauensbildenden Maßnahmen auf andere Bereiche;
- h) Abkommen über die Einschränkung der Entwicklung neuer Generationen inhumaner konventioneller Waffen und Brandwaffen;
- i) die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen und von Zonen ohne militärische Stützpunkte in verschiedenen Regionen der Welt;

und nach Möglichkeit gleichzeitig mit dem ersten Abkommen als Maßnahme zur unabhängigen Kontrolle:

- j) die Einsetzung einer internationalen Abrüstungsbehörde unter der Ägide der Vereinten Nationen, die über eigene Mittel verfügt, um prüfen zu können, ob die Rüstungskontrollabkommen und die Vereinbarungen über die Friedenserhaltung befolgt werden und die unter anderem dafür verantwortlich ist, auf der Grundlage ihrer eigenen Informationsquellen und der obligatorischen Berichte aller Länder Jahresberichte über die Streitkräfte und Rüstungen aller Länder und über Waffentransfers zwischen den Ländern zu veröffentlichen;
2. die Mitwirkung aller Kernwaffenstaaten und ehemaligen Mitglieder im umgewandelten Ausschuß für Abrüstung und die Aushandlung von Abkommen über die obengenannten Punkte 1 (a), (b), (e), (g) und (h) in diesem Gremium sicherzustellen;
 3. die Vorschläge über die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz, an der alle Signatarstaaten der KSZE-Schlußakte beteiligt sind und deren Ziel die fortschreitende Verwirklichung eines Programms für vertrauensbildende Maßnahmen und kontrollierte Beschränkung der Kräfte ist, wohlwollend zu prüfen;
 4. die Fortschrittserwartungen hinsichtlich konkreter Maßnahmen zur Abrüstung, die durch die Sondersitzung der UN-Vollversammlung geweckt wurden, aufrechtzuerhalten und deshalb 1981 eine weitere Sondersitzung über Abrüstung einzuberufen, um die Fortschritte zu überprüfen.

Tagesordnungspunkt:

Die Beziehungen zwischen der Versammlung der Westeuropäischen Union und den Parlamenten der Mitgliedstaaten

(Drucksache 791)

Berichterstatter: Abg. Schlingemann

Mittwoch, 22. November 1978

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Staatsministers für Verteidigung, Francesco Mazzola

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Ehre und Freude, heute nun zum dritten Mal zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich begrüße es sehr, daß mir wiederum Gelegenheit gegeben wird, der Versammlung das anhaltende Interesse, das meine Regierung und ich persönlich an der Arbeit der WEU-Versammlung nehmen, neuerlich zu bekräftigen.

Ich kann mich, Herr Präsident, namens der Bundesregierung der Feststellung meines französischen Kollegen Herrn Staatssekretär Bernard-Reymond uneingeschränkt anschließen. Wie bereits wiederholt an dieser Stelle festgestellt, wünscht die Bundesregierung keine Schwächung der WEU, wie sie durch die modifizierten Brüsseler Verträge geschaffen worden ist.

Herr Präsident, die Versammlung befaßt sich mit einem weit gespannten Themenkreis. Ich möchte mich hier darauf beschränken, zu einigen der aufgeworfenen Fragen zu sprechen und Sie, meine Damen und Herren, insbesondere über eine Reihe von Begegnungen deutscher Politiker mit Politikern anderer Länder zu informieren. Der Schwerpunkt meiner Ausführungen soll dabei auf den Ost-West-Beziehungen liegen. Ich möchte jedoch auch auf die deutsche Afrika- und kurz auch auf die deutsche Asien-Politik eingehen.

Herr Präsident, lassen Sie mich zunächst einige Anmerkungen zu den **Ost-West-Beziehungen** machen.

Die durch den Abschluß der Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der CSSR sowie des Grundvertrags mit der DDR gekennzeichnete spektakuläre Phase unserer Ostpolitik ist nun in eine stetige Entwicklung unserer Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn übergegangen. In dieser Phase kommt es darauf an, den seinerzeit gezogenen Rahmen im Detail mit Leben und Substanz zu füllen. Diese Arbeit ist mühsam, wie das Beispiel der Verkehrsverhandlungen der Bundesregierung mit der DDR, die gerade abgeschlossen werden konnten, erneut gezeigt hat.

Die Bundesregierung hat die Entspannungspolitik von Anfang an als eine nüchterne, den eigenen Interessen und den Erfordernissen der Zeit realistisch entsprechende Politik verstanden. Wenn die öffentliche Meinung im Westen in der Anfangsphase der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten weitgehend durch eine optimistische Aufbruchstimmung gekennzeichnet war, so haben doch seither die Disidentenverfolgungen in Osteuropa und die Intervention einiger Warschauer-Pakt-Staaten in Afrika an den Grunddissens zwischen Ost und West und an die fortbestehenden Absichten der Sowjetunion, wo immer möglich ihre Macht und ihren Einfluß zu erweitern, nachdrücklich erinnert.

Dennoch, Herr Präsident, bleibt die Ost- und Entspannungspolitik für die Bundesregierung — ausgehend von der Mitgliedschaft im westlichen Bündnis und in der EG neben der Teilnahme am Nord-Süd-Dialog — einer der tragenden Pfeiler ihrer Außenpolitik.

Das besondere Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Entspannungspolitik ergibt sich schon aus unserer Situation an der Nahtstelle der beiden Blöcke und aus der Teilung unseres Landes. Nach wie vor gibt es keine vernünftige Alternative zu einer ausgewogenen Politik des Ausgleichs, die wir geduldig verfolgen wollen. Wir dürfen uns dabei auch nicht durch temporäre Störungen dieses Prozesses aus der Bahn werfen lassen. Andererseits muß klar sein, daß nach unserer Auffassung mit Entspannungspolitik die Beachtung der Menschenrechte und der Frieden zusammenhängen und daß die Entwicklungspolitik unglaublich wird, wenn sie mit der Ausnutzung von Instabilitäten außerhalb Europas durch bestimmte Staaten einhergeht.

In diesem Jahr haben wichtige Begegnungen zwischen deutschen und führenden östlichen Politikern stattgefunden. Ich erinnere nur an die Staatsbesuche von Gustav Husák und von Leonid Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland im April und Mai dieses Jahres, an die Reisen Bundeskanzler Helmut Schmidts im November 1977 nach Polen und im Januar nach Rumänien. Ich erinnere an den Besuch des bulgarischen Außenministers Madenow in Bonn vom Juli dieses Jahres. Außerdem hat es zahlreiche hochrangige Konsultationen und wiederholte Begegnungen bei den Sitzungen der Vereinten Nationen gegeben.

Wie die Entspannungspolitik in Europa fortgeführt werden kann, war auch ein wichtiges Thema des Besuchs von Bundesaußenminister Genscher in Polen vom 2. bis 4. November 1978. Die Bundesregierung mißt gerade dem deutsch-polnischen Verhältnis, der Überwindung der Belastungen der Vergangenheit und der Entwicklung guter und normaler Beziehungen zwischen unserem Land und Polen ganz besondere Bedeutung bei. Sie sieht in einer Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen zugleich einen wichtigen Faktor des politischen Klimas in Europa und der gesamteuropäischen Entspannung.

In den Gesprächen zwischen Bundesminister Genscher und seinen polnischen Gesprächspartnern

wurde übereinstimmend festgestellt, daß sich die deutsch-polnischen Beziehungen trotz weiterbestehender Schwierigkeiten in einzelnen Fragen in den letzten Jahren kontinuierlich intensiviert haben. Das gilt nicht nur für den politischen Dialog, sondern auch für den wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch sowie den Reiseverkehr. In diesem Zusammenhang sind auch Fortschritte bei der Lösung der humanitären Fragen zu nennen, die für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen von ganz erheblicher Bedeutung sind.

Neben Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen nahmen in den Gesprächen anläßlich des Besuchs von Bundesminister Genscher in Polen internationale Themen einen breiten Platz ein. Sie werden in den Kontakten auch in Zukunft einen Schwerpunkt bilden. Dazu gehören vor allem die KSZE, Fragen der Rüstungskontrolle und der Beziehungen zwischen der EG und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Meine Damen und Herren, der Meinungsaustausch zeigte auch das polnische Interesse an einem baldigen erfolgreichen Abschluß der Gespräche zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie an einem Erfolg der laufenden Verhandlungen über den Abschluß eines Textil- und Fischereiabkommens zwischen der Gemeinschaft und Polen. Die polnische Seite ist offenbar besorgt, eine Konzentration auf die Entwicklung in der EG könnte zu einer Vernachlässigung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten führen. Dazu wies der deutsche Außenminister auf den Wunsch der EG und der Bundesrepublik Deutschland nach einer günstigen Entwicklung der Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten hin.

Einen sichtbaren Ausdruck findet die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen auch in dem nun zweiten Treffen des deutsch-polnischen Forums vom 16. bis 20. Oktober in Allenstein, das den Roundtable-Gesprächen mit unseren westlichen Nachbarn nachgebildet ist. Gerade diese Treffen führender Politiker aller Parteien in beiden Ländern, von Wissenschaftlern, Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften, von Publizisten und Jugendlichen sind Teil des gesamteuropäischen Entspannungsprozesses. Bei Städte- und Hochschulpartnerschaften zeichnet sich auch im Verhältnis zu Polen langsam eine Entwicklung ab, die im Verhältnis zu unseren westeuropäischen Nachbarn schon viel weiter fortgeschritten ist.

Herr Präsident, neben ihren bilateralen Aspekten sind die multilateralen Aspekte der Entspannungspolitik von erheblicher Bedeutung.

Hier steht neben den in Gang befindlichen Abrüstungsverhandlungen der weitere **KSZE-Prozeß** im Vordergrund. Wir hatten vom Belgrader KSZE-Nachfolgetreffen weiterführende substantielle Ergebnisse erwartet. Trotzdem bewerten wir es als positiv, daß durch Belgrad die Bedeutung der Schlußakte und ihre Verwirklichung für den Entspannungsprozeß unterstrichen worden ist. Wir hoffen, daß dem in Belgrad von allen Teilnehmerstaa-

ten ausgedrückten Willen zur Fortführung des mit der KSZE-Konferenz eingeleiteten multilateralen Entspannungsprozesses weitere Schritte zur Konkretisierung und Verwirklichung dieses Willens folgen werden.

Schließlich könnte das Ergebnis von Belgrad auch insofern einen positiven Effekt haben, als es doch bei allen Beteiligten — bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger — einen gewissen Lernprozeß im Hinblick auf das nächste beabsichtigte Treffen in Madrid ausgelöst hat. Eine Wiederholung von Belgrad in Madrid würde keinem der Teilnehmerstaaten und auch nicht dem Entspannungsprozeß selber nützen und sollte deshalb vermieden werden. Die Teilnehmerstaaten sollten für Madrid auch mehr Flexibilität zeigen und keine Vorschläge machen, die keine Aussicht auf Konsens haben oder nur Propagandazwecken dienen.

Kein Themenbereich darf dabei ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit im humanitären Bereich des Korbes III und für eine Diskussion über die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens in Europa, wozu natürlich das Problem der Menschenrechte gehört. Eine solche Diskussion, die vom Boden der jeweiligen geistigen Grundeinstellung und unter Respektierung der ideologischen Positionen der anderen Seite geführt werden sollte, gehört zu den Voraussetzungen der politischen Vertrauensbildung in Europa und damit auch der Sicherheit. Diese Diskussion sollte nicht in einer unfruchtbaren und verhärteten Block- zu-Block-Konfrontation enden.

Die Bundesregierung möchte deshalb das Treffen von Madrid nicht nur auf die Vergangenheit, sondern vor allem auch auf die Zukunft hin orientieren. Sie plädiert dafür, daß dieses Treffen zumindest teilweise auf politischer Ebene stattfindet, damit der KSZE-Prozeß insgesamt einen neuen Impuls bekommt.

Herr Präsident, zwischen Belgrad und Madrid wird der KSZE-Prozeß auch durch eine Serie von Expertentreffen aufrechterhalten. Die Bundesrepublik Deutschland hatte die Ehre und Freude, in diesem Sommer Gastgeberin des ersten dieser Treffen zur Vorbereitung des Wissenschaftsforums zu sein. Die Bundesregierung ist zufrieden, daß dieses Treffen trotz der damaligen Belastungen des Ost-West-Verhältnisses erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Das im Frühjahr 1980 in Hamburg stattfindende wissenschaftliche Forum soll zu einem fruchtbaren Meinungsaustausch von Wissenschaftlern aus ganz Europa und Nordamerika führen.

Auch die beiden anderen Expertentreffen, das in Montreux, das sich mit der friedlichen Streit-schlichtung befaßt, und das in Valetta, das Fragen zum Mittelmeerraum gewidmet sein wird, sollten auf konstruktive Weise abgewickelt werden. Diese Treffen sind in starkem Maße Ost-West-Konferenzen. Jedes hat eine politisch delikate Aufgabe. Im Falle des Treffens von Montreux ist die Materie zusätzlich völkerrechtlich kompliziert.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, bis zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki ist

noch ein weiter Weg zurückzulegen. Wir wissen das alle. Die Schritte in Richtung ihrer Verwirklichung bleiben für die Bundesregierung ein Gradmesser für den Stand der Entspannung. Wir meinen deshalb, daß alle Teilnehmerstaaten verstärkte Anstrengungen zu ihrer Verwirklichung unternehmen müssen, um den Frieden und den Menschen in Europa zu dienen.

Herr Präsident, unser Blick bleibt jedoch nicht auf Europa beschränkt. Europa hat eine große Verantwortung in anderen Teilen der Welt, seinen Einfluß für den Frieden geltend zu machen. In **Afrika** besonders stellen sich hier große Aufgaben auch für uns Europäer, wie ja auch kürzliche Arbeiten in der WEU gezeigt haben.

Für die deutsche Afrikapolitik steht nach wie vor im Vordergrund das Bemühen um friedliche Lösungen für die zunehmend bedrohlichen Konflikte im Süden des Kontinents. Um einen substantiellen Beitrag zu ihrer friedlichen Beilegung zu leisten, wirkt die Bundesregierung aktiv an der Namibia-Initiative der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder mit, die darauf abzielt, einen Bürgerkrieg in Namibia abzuwenden und einen baldigen Übergang in die Unabhängigkeit Namibias zu ermöglichen.

Die Bundesregierung ist ebenso wie die anderen an dieser Initiative beteiligten Regierungen der festen Überzeugung, daß eine friedliche und dauerhafte Lösung der Namibia-Frage nur dann möglich sein wird, wenn sich von vornherein sicherstellen läßt, daß sie die Anerkennung durch die überwiegende Mehrheit der Völkergemeinschaft findet.

Die von der Republik Südafrika für Dezember dieses Jahres vorgesehenen sogenannten internen Wahlen in Namibia vermögen diese Voraussetzungen nach Ansicht der Bundesregierung nicht zu erfüllen. Im Gegenteil, diese Wahlen, die die Bundesregierung und ihre vier westlichen Partner im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als null und nichtig ansehen, stellen ein bedeutendes Hindernis für die künftige breite internationale Anerkennung eines unabhängigen Namibias dar. Die Bundesregierung hofft, daß es bald gelingen wird, auch dieses Hindernis zu überwinden.

Wir bedauern die wachsende Eskalation der Auseinandersetzungen auch in Rhodesien. Wir hoffen aber zugleich, daß es trotz aller Schwierigkeiten noch möglich sein wird, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts unter Mitwirkung aller beteiligten Parteien zu kommen. Nach unserer Überzeugung bieten die angloamerikanischen Konferenz- und Verhandlungsvorschläge nach wie vor eine gute Ausgangsbasis und eine realistische Chance, eine friedliche und zugleich international akzeptable Lösung herbeizuführen.

In Namibia wie in Rhodesien wachsen die Hindernisse, die westlichen Bemühungen um friedliche Lösungen im Wege stehen, mit jedem Tag. Zugleich steigt damit die Gefahr eines Übergreifens der Konflikte auf die gesamte Region. Eine Einmischung außerafrikanischer Mächte, denen in erster Linie daran gelegen ist, diese Konflikte für ihre

Ziele auszunutzen, dürfte dann kaum mehr zu vermeiden sein.

Die Bundesregierung wendet sich nachdrücklich gegen die schwere Rassendiskriminierung in der Republik Südafrika. Sie hält die Politik der Apartheid für eine besonders eklatante Verletzung elementarer Menschenrechte. Es geht uns darum, die Regierung Südafrikas dazu zu bewegen, alle Bevölkerungsgruppen an den politischen Entscheidungen und dem wirtschaftlichen Wohlstand dieses Landes teilhaben zu lassen. Der hierfür notwendige Wandel ist tiefgreifend und muß bald eingeleitet werden. Andernfalls droht der anwachsende Konfliktstoff sich in Auseinandersetzungen zu entladen, die niemand mehr kontrollieren kann. Doch die Versuche der Bundesregierung, die südafrikanische Regierung zu einem solchen Wandel zu bewegen, haben bisher leider keine spürbaren Erfolge gezeitigt.

Gerade gegenüber Südafrika, Namibia und Rhodesien gilt für die deutsche Außenpolitik, daß wichtige Schritte mit unseren Partnern in der EPZ sowie im Sicherheitsrat abgestimmt, ja, gemeinsam mit ihnen unternommen werden müssen. Nur eine klare, einhellige Haltung verschafft der Politik des Westens Aussicht auf Erfolg. Darum sehen wir in der Zusammenarbeit mit unseren westlichen Partnern ein entscheidendes Element unserer Afrikapolitik insgesamt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun aus aktuellem Anlaß auch einige Anmerkungen zur **deutschen Asienpolitik** machen. Eine Reihe von Ereignissen hat hier unsere bilateralen Beziehungen qualitativ belebt wie auch — bezogen vor allem auf den südostasiatischen Raum — die Stellung der Gemeinschaft auf eine neue Grundlage gestellt.

Ich denke hier zunächst an die jüngsten Besuche des Bundeskanzlers Schmidt in Japan und Singapur, an die Besuche der Außenminister der fünf ASEAN-Staaten vom 15. bis 17. November in Bonn sowie an das EG-ASEAN-Außenministertreffen in Brüssel am 20. und 21. November, bei dem Außenminister Genscher den Vorsitz führte und das, wie wir heute wissen, außerordentlich erfolgreich verlaufen ist.

Die Bundesregierung hat bereits seit 1975 ihr verstärktes Interesse an dem jungen Staatenverband ASEAN bekundet. Außenminister Genscher besuchte im April 1977 Indonesien und Singapur. Ich selbst habe dann in seinem Auftrag im November des gleichen Jahres die Philippinen, Malaysia und Thailand besucht. Mit diesen Reisen wollten wir nicht nur Erkenntnisse aus erster Hand über die Lage in der Region gewinnen, wir wollten auch unterstreichen, daß wir das Ziel der ASEAN-Staaten, durch Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem, technisch-wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet die Stabilität der Einzelstaaten und der Region zu fördern, grundsätzlich unterstützen. Außerdem ist die Bundesregierung von dem Wunsch geleitet, eine regional ausgewogene Dritte-Welt-Politik zu führen. Gerade eine interregionale Kooperation wie ASEAN dient unserer Auffassung nach der Stabilität und dem Frieden in der Welt. Unter die-

sen Gesichtspunkten sehen wir in den gestrigen politischen Erklärungen der Brüsseler Außenministerkonferenz die Bestätigung unserer eigenen Südostasienpolitik. In Brüssel haben die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der junge Staatenverband ASEAN die Bedeutung ihrer Zusammenschlüsse für die regionale Stabilität und für den globalen Frieden gegenseitig anerkannt und den Willen zum Ausdruck gebracht, ihre Beziehungen zueinander auszubauen und zu erweitern.

Die Neun haben ihrerseits Unterstützung zugesagt für die Bemühungen der ASEAN-Länder, auf ihrem Weg der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung fortzuschreiten, und ihre positive Haltung zum Ausdruck gebracht gegenüber einer Außenpolitik ASEANs, die auf gute Nachbarschaft zu allen Staaten der Region, insbesondere Indochinas, gerichtet ist. Wir sehen hier ein wertvolles, beiderseitig vorteilhaftes Verhältnis zu einer Region, zu der die europäischen Länder enge Beziehungen unterhalten.

Herr Präsident, erlauben Sie mir schließlich noch ein Wort zu **China**. China hat in jüngster Zeit für Schlagzeilen in der internationalen Presse gesorgt. Die chinesische Reisediplomatie, der Abschluß des chinesisch-japanischen Vertrages, das ehrgeizige Modernisierungsprogramm und die Ankündigung, nach und nach Zehntausende chinesischer Studenten im Ausland ausbilden zu lassen, dies alles sind Anzeichen dafür, daß China sich anschickt, auf der internationalen Bühne künftig eine größere Rolle zu spielen. Wir verfolgen diese chinesische Politik mit Interesse und begrüßen die stärkere Einbindung Chinas in die internationale Verantwortung.

Wir wollen unsere bilateralen problemfreien Beziehungen mit China auf wirtschaftlichem, technisch-wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet zu Entfaltung bringen und die Möglichkeiten des Austausches und der Zusammenarbeit nutzen. Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China richtet sich nicht gegen andere. Auch in diesem Bereich unserer politischen Beziehungen ist es unser oberster Grundsatz, daß Entspannungspolitik in der ganzen Welt Fortschritte macht.

Herr Präsident, so weit meine Tour d'horizon. Abschließend möchte ich Ihnen, den Mitgliedern der WEU-Versammlung, für die weitere Erfüllung Ihrer Aufgaben alles Gute wünschen.

Ich danke Ihnen.

Die folgenden mündlichen Fragen der Abg. Frau von Bothmer, Dr. Vohrer, Dr. Schwencke (Nienburg), Reddemann, Dr. Geßner und Dr. Müller werden anschließend von Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher gemeinsam beantwortet.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident, ich möchte die Frau Staatsminister gern über zwei Dinge befragen. Zum ersten. Im Zusammenhang mit einem Berichtsentwurf, der sich unter anderem mit der Möglichkeit einer Erweiterung des Kreises der

WEU-Mitglieder befaßte und auf dessen Erörterung diese Versammlung verzichtet hat, sind in der französischen Presse Berichte erschienen, in denen der Befürchtung Ausdruck gegeben wird, die Bundesrepublik Deutschland sei nicht länger an dem **WEU-Vertrag** interessiert, weil er zum Verzicht auf Atombewaffnung verpflichtet, und außerdem sei sehr zu bezweifeln, ob die Bundesregierung den Nichtverbreitungsvertrag einhalten werde. Dies, ich weiß, wäre, in Bonn gefragt, geradezu lächerlich. Aber unter diesen Umständen, Frau Minister, hätte ich hier gern die Stellungnahme der Bundesregierung dazu.

Und dann würde ich in diesem Zusammenhang ganz gern, ob die Bundesregierung dieses Thema eventuell bei der nächstfälligen Konsultation mit der französischen Regierung berühren wird.

Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang auch vom Eintreten deutscher Politiker für eine Stärkung der **Befugnisse des Europäischen Parlaments** gesprochen, insoweit es darauf ziele, Zuständigkeiten der WEU auf die Europäischen Gemeinschaften zu übertragen. Auch hierzu hätte ich gern eine Äußerung der deutschen Regierung.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident, das klare Eintreten von Frau Staatsminister Hamm-Brücher für die WEU empfinde ich als die Aussage, daß nach Ansicht der Bundesregierung keine **Konkurrenz zwischen der WEU und anderen europäischen Institutionen**, wie insbesondere EG und EPZ besteht. Ich könnte mir vorstellen, daß eine deutliche Erklärung in dieser Beziehung einige Befürchtungen, die gerade in diesem Raum öfter einmal zum Ausdruck kommen, zerstreuen könnte.

Dr. Schwenke (SPD): Herr Präsident, ich möchte der Frau Staatsministerin zwei kurze Fragen stellen.

Frau Staatsministerin, Sie haben — nach meiner Auffassung zu Recht — dem **deutsch-polnischen Verhältnis** einen großen politischen Stellenwert beigemessen und auf der anderen Seite auf das diesbezüglich weiterzuentwickelnde Verhältnis hingewiesen. Ich möchte über Ihre Andeutung hinaus fragen, wie dieses besondere Verhältnis auch im Blick auf die EG weiterentwickelt werden muß und fragen, wie konkret diese Überlegungen sind und worin sie möglicherweise bestehen könnten.

Meine zweite Frage betrifft den Komplex, den der Kollege Druon soeben angesprochen hat: Würden Sie seitens der Bundesregierung dem französischen Gedanken einer Entspannungskonferenz zwischen den 35 Teilnehmerstaaten der KSZE Interesse und reale Chancen beimessen?

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich wäre der Frau Staatsminister sehr dankbar, wenn sie der Versammlung erklärte, daß nicht nur die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, sondern alle Fraktionen des Deutschen Bundestages fest zum **Vertrag über die Westeuropäische Union** stehen und daß es keinerlei Interessen in der Bundesrepublik Deutsch-

land gibt, in irgendeiner Form eine Atomstreitmacht aufzustellen. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Frau Staatsminister in der Lage wäre, diese meine Erklärung hier für die Bundesregierung verbindlich zu bestätigen.

Dr. Geßner (SPD): Frau Staatsminister, ich möchte Sie in zweierlei Hinsicht befragen.

Die erste Frage zielt ab auf die **Entspannungspolitik** vor dem Hintergrund der Gespräche in Wien. Sie wissen, daß die Sowjetregierung bis vor wenigen Monaten immer die Auffassung vertreten hat, die Sicherheit in Europa und der Frieden überhaupt würden nur garantiert durch das Übergewicht des Warschauer Paktes. Nun ist ein Meinungsumschwung eingetreten, indem die Sowjetregierung nunmehr gesagt hat, Voraussetzung für die Sicherheit sei das prinzipielle Gleichgewicht zwischen Ost und West. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, zu sagen, wie Sie diesen Meinungsumschwung politisch bewerten.

Meine zweite Frage: Die Bundesrepublik ist ja in bezug auf die Verkäufe von Waffen ins Ausland bisher sehr restriktiv gewesen. Nun möchte ich von Ihnen gern wissen, ob die Bundesregierung beabsichtigt, in irgendeiner Weise von dieser Haltung abzugehen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Frau Staatsminister, nach vielen Fragen der großen Politik eine Frage der — vielleicht — kleinen Politik: Sie haben unserer Versammlung die guten Wünsche übermittelt. Könnten Sie unserer Versammlung sagen, ob Sie auch gute Taten folgen lassen können? Eine bescheidene Erhöhung des bescheidenen Budgets dieser Versammlung würde dieser Versammlung die Gelegenheit geben, Ihre guten Wünsche besser in die Tat umzusetzen.

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): — Herr Präsident, ich bin gern bereit, die Fragen der Kolleginnen und der Herren Abgeordneten zu beantworten, soweit das in der Kürze der Zeit möglich ist und soweit ich einige Fragen richtig verstanden habe. Zuerst darf ich vielleicht die allgemeinen Fragen behandeln und dann am Schluß im Zusammenhang auf die Fragen von Frau von Bothmer und des Abgeordneten Druon eingehen . . .

Zu der Frage des Herrn Kollegen Schwenke hinsichtlich des **deutsch-polnischen Verhältnisses** darf ich noch einmal auf meine Ansprache, meine Adresse, verweisen. Man bemüht sich derzeit in Brüssel um ein Abkommen zwischen der EG und Polen im Textil- und Fischereibereich und steht — wie ich schon gesagt habe — in Verhandlungen zwischen den RGW-Mitgliedern und der EG. Diese Verhandlungen gestalten sich — wie solche Verhandlungen immer — langwierig. Aber wir hoffen, daß sie zu einem positiven Ergebnis führen werden.

Herr Kollege Geßner fragt mich, ob ich den Meinungsumschwung in der Konzeption der Sowjetunion bezüglich der **Rüstungsentwicklung** interpre-

tieren kann. — Herr Kollege, ich nehme diesen Meinungsumschwung als ein Ergebnis sehr intensiver Gespräche und Diskussionen um die Frage der Friedenssicherung in Europa, zum Beispiel auch in den MBFR-Verhandlungen. Bei dem kürzlichen Besuch von Staatspräsident Breschnew ist ja bezüglich der Abrüstungsverhandlungen noch einmal das Prinzip präzisiert worden, das eben von der etwaigen Parität, aber auch von der Kollektivität ausgeht. Wir hoffen, auf dieser Basis auch die Beratungen in Wien weiter vorantreiben zu können.

Die Bundesregierung beabsichtigt ganz sicher nicht, ihre sehr restriktive Politik bezüglich der Waffenverkäufe in irgendeiner Weise zu ändern. Die Rüstungsindustrie in unserem Lande wird so gut wie ausschließlich — Sie kennen ja die Zahlen — für unsere eigenen Verpflichtungen im Bündnis und gegenüber unseren Bündnispartnern gebraucht. Wir haben uns bei sonstigen Rüstungsexporten außerordentlich restriktiv verhalten, und wir werden diese Haltung auch in Zukunft nicht ändern...

Vom Abgeordneten Druon wurde allgemein nach den Perspektiven in den deutsch-französischen Beziehungen gefragt. Damit komme ich gleichzeitig zu den Fragen meiner deutschen Kollegen. Meine Damen und Herren, wenn man etwas optimistisch beurteilen kann, so sind es die **deutsch-französischen Beziehungen**, die seit den Gesprächen zwischen Adenauer und de Gaulle einen langen Weg zurückgelegt haben, aber nun doch durch den intensiven Gleichklang der Bemühungen von Präsident Giscard d'Estaing und unseres Bundeskanzlers eine sehr erfreuliche Weiterentwicklung erfahren haben. Ich glaube auch nicht, daß Mißverständnisse, Mißinterpretationen oder falsche Zungenschläge, wie man es in den Zeitungen gelesen hat, diese guten, vertrauensvollen Beziehungen irgendwie belasten könnten. Ich bin sicher, das es nur einer sehr kurzen Fühlungnahme bei den nächsten deutsch-französischen Konsultationen bedarf, soweit das überhaupt erforderlich sein sollte, um das aus der Welt zu schaffen.

Die Frage von Frau Kollegin von Bothmer möchte ich jetzt doch etwas ausführlicher beantworten. Frau von Bothmer hat gefragt — im Zusammenhang mit einem Berichtsentwurf, der Ihrem Hohen Hause vorliegt —, ob auf die Möglichkeit einer Erweiterung des Kreises der WEU-Mitglieder unter Umständen deshalb verzichtet wurde, weil die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr an der **Fortführung des WEU-Vertrages** interessiert sei, mit dem sie sich zum Verzicht auf die atomare Bewaffnung verpflichtet habe. — Herr Präsident, meine Damen und Herren, all diese Unterstellungen sind völlig unzutreffend. Der Bundesregierung ist bisher kein Wunsch einer weiteren Regierung bekannt, der WEU beizutreten. Die Bundesregierung fühlt sich streng gebunden an die modifizierten Brüsseler Verträge und die mit unserer Mitgliedschaft verbundenen Bedingungen. Wir halten fest am Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Es kommt für uns gar nicht in Betracht, diese Zusage in irgendeiner Weise in Frage zu stellen. Ich möchte das hier mit allem Nachdruck feststellen und damit allen weiteren Spekulationen ein Ende setzen.

Ich glaube auch nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß irgendwelche Besorgnisse angebracht sind, die Diskussion um künftige **Befugnisse des Europaparlaments** könnten in irgendeinen Zusammenhang gebracht werden mit einer beabsichtigten oder nur denkbaren Schwächung der WEU und ihres Parlaments. Bei den Diskussionen in unseren Mitgliedsstaaten geht es doch einfach darum, den Bürgern die Bedeutung dieser ersten Direktwahl für ein Europäisches Parlament klarzumachen. Denn natürlich müssen wir unseren Bürgern auch etwas dazu sagen, was für Zuständigkeiten dieses Parlament möglicherweise einmal haben könnte. Andernfalls müßten wir doch ein großes Desinteresse unter unseren europäischen Wählern befürchten. Ich glaube, daß die Diskussion in dieser Hinsicht fruchtbar sein wird. In Frankreich gibt es bestimmte Bedingungen für Veränderungen von Zuständigkeiten dieses Parlaments, die noch durch die französische Nationalversammlung ratifiziert und durch eine Volksabstimmung bekräftigt werden müssen. Aber die Diskussion des Problems läßt sich doch nicht von vornherein unterdrücken, sie soll vielmehr dazu beitragen, den europäischen Einigungsprozeß voranzutreiben. Ich glaube, da können wir wieder alle einig sein.

Ich glaube, damit habe ich auch die Frage des Abgeordneten Vohrer beantwortet.

Es bleibt die Frage des Kollegen Müller nach den Taten als Ergänzung zu den guten Wünschen. — Herr Präsident, wie schon in meinem Vortrag möchte ich auch hier betonen, daß die finanziellen Wünsche Ihrer Versammlung der Bundesregierung bekannt sind und daß wir uns bei den für Anfang Dezember bevorstehenden Verhandlungen über den WEU-Haushalt mit Nachdruck für eine angemessene Berücksichtigung der Wünsche der Versammlung einsetzen werden. Ob man Ihrer Versammlung einen Pauschalbetrag zuweisen kann, über den Sie dann in eigener Verantwortung und nach Ihrem eigenen Schwerpunkten disponieren können, kann ich heute nicht abschließend beantworten, weil ich hierzu noch keine Informationen habe. Aber Sie dürfen sicher sein, meine Damen und Herren Abgeordneten, daß die Bundesregierung nach besten Kräften dafür sorgen wird, daß Ihre Arbeitsfähigkeit zur Bewältigung Ihrer bedeutenden Aufgaben gesichert wird — auch in finanzieller Hinsicht. ... Vielen Dank!

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): — Herr Präsident, Entschuldigung, es ist mir ein Fehler unterlaufen: Ich habe die Frage des Abgeordneten Reddemann nicht noch einmal aufgegriffen, obgleich ich am Anfang auch seinen Namen erwähnt habe. — Meine Damen und Herren, obgleich ich hier natürlich nur im Namen der Bundesregierung Rede und Antwort stehen kann, ist es für mich doch ganz selbstverständlich, daß ich uneingeschränkt bestätige, daß alle Fraktionen des Deutschen Bundestages fest und unverbrüchlich zum **Vertrag über die WEU** stehen und daß alle Fraktionen des Deutschen Bundestages die Verpflichtungen, die uns aus dem Nichtverbreitungsvertrag erwachsen, mit vertreten und voll einhalten. Ich wollte nur noch ein-

mal bestätigen, daß es in dieser Frage unter den politischen Parteien und ihren Fraktionen in der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Unterschiede gibt.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des niederländischen Wissenschaftsministers M. W. J. M. Peijnenburg

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident, Herr Minister, meine Frage bezieht sich auf einen Randbereich der Forschungspolitik. Die Niederlande zeigen seit Jahren ein großes Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik und sind sicherlich für viele Industrieländer Vorbild und gutes Beispiel. Sie leisten damit auch einen gewichtigen Beitrag zur Verminderung der Spannungen im Nord-Süd-Verhältnis. In dem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß gerade für die Entwicklungspolitik die Rolle des **Technologietransfers** immer mehr in den Vordergrund rückt. Dabei geht es nicht allein darum, die Technik der Industrieländer den Entwicklungsländern zugänglich zu machen, sondern auch darum, eigene Technologien für die Entwicklungsländer zu entwickeln. Wir sprechen hier von adaptierter Technologie. Im Zusammenhang mit dem Wettlauf um die knappen Ressourcen im Energiebereich wird es beispielsweise sehr wichtig sein, den Entwicklungsländern solche neuen Technologien für regenerierbare Energieträger zur Verfügung zu stellen. Mich würde interessieren, Herr Minister, inwieweit Sie hier Möglichkeiten für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit sehen und inwieweit Sie auch in Ihrem eigenen Ressort politische Schwerpunkte setzen.

Minister Peijnenburg antwortet, die beste Hilfe für die Entwicklungsländer sei es, ihnen zu helfen, ihre eigene Technologie zu entwickeln. Ein Schwerpunkt niederländischer Bemühungen läge in dieser Beziehung auf dem Gebiet der Landwirtschaft..

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle mit Befriedigung fest, daß der Herr Minister in seiner Rede einer besseren Energieversorgung besondere Bedeutung beigemessen hat. Unter Bezugnahme auf das Treffen des Europäischen Rates in Bremen hat er auf die Kernenergie als eine unverzichtbare Energiequelle verwiesen. Nun gibt es zwei Projekte, an denen die niederländische Regierung gemeinsam mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen anderer Länder beteiligt ist, und ich möchte ihn bitten, einen Kommentar aus der Sicht seiner Regierung zu geben, wie er die Bedeutung dieser Projekte einschätzt. Das ist einmal der Bau des SNR 300, des Prototyps eines **Schnellbrüterreaktors, in Kalkar**, zum anderen sind es die gemeinsamen Anstrengungen in der Verfolgung eines neuen energiesparenden **Urananreicherungsverfahrens** nach dem Gasultrazentrifugenprinzip im Rahmen der URENCO, eines gemeinsamen Vertrages, der vorsieht, daß in Almelo und in Capenhurst ge-

baut und gegebenenfalls auch in der Bundesrepublik Deutschland ein Standort für eine solche Urananreicherungsanlage gefunden wird. Ich würde ihn bitten, aus der Sicht seiner Regierung eine Bewertung der Bedeutung dieser Projekte für eine europäische Energieversorgung zu geben.

Minister Peijnenburg erwidert, bezeichnenderweise seien dies nicht nationale Projekte, sondern Projekte internationaler Kooperation.

Tagesordnungspunkt:

Eine europäische Rüstungspolitik

(Drucksache 786)

Berichterstatter: Abg. Critchley

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Ich bitte um Verständnis, daß ich mich zunächst dem Beitrag des kommunistischen Sprechers, der sich mit der Bundesrepublik Deutschland befaßt hat, zuwende, bevor ich auf den Bericht des Kollegen Critchley eingehe.

Der soeben von mir erwähnte Kollege hat in seinem Beitrag so getan, als würde der Friede in Europa von der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Ich weiß nicht, wie er zu dieser irrigen Auffassung kommt. Tatsache ist doch, daß sich die Menschen im demokratisch verfaßten Europa nicht vor der Bundesrepublik Deutschland, sondern vor der Aufrüstungspolitik jener Diktaturen fürchten, denen sich die **Kommunistische Partei Frankreichs** auch heute noch ideologisch und politisch verbunden fühlt. Das ist die Tatsache, die man einfach sehen muß. (Beifall) — Ich bedanke mich sehr herzlich für den sehr bezeichnenden Beifall. — Wenn die KPF wirklich etwas für den Frieden tun will, so sollte sie erst einmal versuchen, in ihrem eigenen Lager in die Richtung zu wirken, daß beispielsweise die Sowjetunion ihre riesige Panzerarmee in Mitteleuropa abbaut, eine Armee, die weitaus stärker ist, als es zur Verteidigung notwendig wäre. (Beifall)

Ich glaube, wir befinden uns insofern in einer doch merkwürdigen Situation, als die Bundesrepublik hundertmal erklärt hat, sie wolle und brauche keine Atomwaffen. Nun bin ich allerdings ganz sicher: Auch wenn wir das zweihundertmal gesagt und durch unsere Politik unterstrichen haben werden, wird es immer wieder Leute geben, die derartige Behauptungen wiederholen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Leute das wirklich aus Überzeugung sagen. Sie tun es vielmehr, weil sie glauben, damit ein bißchen Agitation gegen die Bundesrepublik treiben zu können. Wer sich so verhält, braucht sich nicht zu wundern, daß er als ernsthafter Diskussionspartner ausscheidet. Wer so argumentiert, ist nicht jemand, mit dem wir reden können.

Auf folgendes will ich ebenfalls noch aufmerksam machen: Entlarvend fand ich, daß der Sprecher der

KPF von der militärischen Stärke der Bundesrepublik geredet hat. Dabei weiß er doch ganz genau, daß wir uns in der Bundesrepublik lediglich bemühen, unsere vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, und daß die Programme, die aufgestellt werden, gemeinsam von dem Bündnis beschlossen werden, in dem die Bundesrepublik ein Partner von 14 ist.

Daraus kann ich nur die Schlußfolgerung ziehen, daß es ihm in Wirklichkeit gar nicht um die — hochstilisierte — Stärke der Bundesrepublik geht, sondern vielmehr um die Schwächung der Nordatlantischen Allianz. Ich denke, daß man das deutlich sehen muß.

Aber nun zum Critchley-Bericht selbst. Herr Critchley hat in seinem Entschließungsentwurf unter anderem gefordert, die **europäische Rüstungsindustrie** unter der Schirmherrschaft der Europäischen Gemeinschaft umzustrukturieren. Ich erkenne zunächst einmal das Bemühen an zu standardisieren, weil davon schließlich auch die Leistungsfähigkeit unserer Verteidigungskraft abhängt. Und es muß ja auch immer Wert darauf gelegt werden, daß die Verteidigungsmittel so rationell wie nur möglich ausgegeben werden können. Insofern verstehe ich sehr gut, daß dieses Thema angesprochen worden ist, und ich bin auch sehr dankbar dafür.

Nur muß man sich doch über folgendes im klaren sein: Rüstungspolitik kann man nur treiben, wenn man sich gleichzeitig mit der strategischen und taktischen Lage in der Welt befaßt, beispielsweise damit, wie das Verhältnis zwischen Ost und West aussieht. Wenn sich allerdings die Europäische Gemeinschaft in diesen Bereich vorwagen würde, übernehme sie Aufgaben, die eigentlich dem Bündnis zustehen. Dazu müßte ich sagen, daß ein solcher Weg, wollte man ihn gehen, außerordentlich verhängnisvoll wäre.

Nach meiner Meinung würde man damit zum Beispiel auch den neutralen Staaten, die vielleicht in später Zukunft einmal den Weg in die Europäische Gemeinschaft finden wollen, den Weg verbauen. Denn in dem Moment, wo wir uns stärker auf eine Verteidigungsgemeinschaft ausrichten, auf eine Rüstungspolitik, wobei wir als Europäische Gemeinschaft stärker als bisher in den Verteidigungsprozeß eingreifen, ist es für die neutralen Staaten nicht mehr möglich, zu einem späteren Zeitpunkt Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden. Dies würde ich außerordentlich bedauern.

Wichtig ist auch folgender Punkt. Man muß einfach sehen, daß wir Spannungen provozieren würden. Immerhin ist es doch so, daß Irland dem Bündnis nicht angehört. Wenn wir uns nun stärker rüstungspolitisch engagierten, so würden wir diesen Staat vor schwierige Entscheidungen stellen. Ich muß an dieser Stelle fragen, ob wir das wollen und für vernünftig halten. Ich kann nur sagen: Nein, das wäre nicht vernünftig.

Schließlich bitte ich, folgenden Gesichtspunkt zu bedenken. Die Sowjetunion hat in den vergangenen Jahren die Europäische Gemeinschaft immer dadurch zu diskreditieren versucht, daß sie erklärte,

diese Gemeinschaft sei sozusagen das wirtschaftliche Ergänzungstück zur Nordatlantischen Allianz. Wir haben dies immer zurückgewiesen. Wir haben gesagt, daß das nicht zutrifft. Aber wenn wir nun den Weg beschritten, den uns Kollege Critchley vorgeschlagen hat, dann würden wir der Sowjetunion sozusagen ins offene Messer laufen. Wir würden nachträglich das bestätigen, was wir über viele Jahre zu Recht bestritten haben.

Ich glaube, wir täten gut daran, wenn wir uns auf die Einrichtungen konzentrierten, die sich mit dem Problem der Standardisierung befassen. Das betrifft Eurogroup innerhalb des Bündnisses. Ich glaube nicht, daß wir uns einen Gefallen erweisen würden, wenn wir in den verschiedensten Institutionen über dieses Thema diskutierten. Wir würden dann unsere Kräfte verzetteln, und die eine Hand wüßte nicht, was die andere täte. Dies liegt nicht in unserem Interesse.

Empfehlung 325

betr. eine europäische Rüstungspolitik

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß die steigenden Kosten der modernen Rüstungstechnologie und die gegenwärtigen wirtschaftlichen Tendenzen auf Grund der Inflation in den Bündnisländern zu einseitiger Abrüstung führen können;

betont die Notwendigkeit einer gemeinsamen Rüstungsproduktion, um die Interoperabilität und Standardisierung der militärischen Abrüstung zu ermöglichen, den Fortbestand einer lebensfähigen europäischen Rüstungsindustrie sicherzustellen und schließlich im Bereich der Rüstung eine Zweibahnstraße mit den Vereinigten Staaten zu schaffen;

ist der Auffassung, daß in diesen Bereichen in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe sowie in der NATO-Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren und dem Militärischen Amt für Standardisierung der NATO, in denen alle WEU-Länder mitwirken, gegenwärtig ein begrenzter, wenn auch noch zu langsamer Fortschritt erzielt wird;

vertritt die Ansicht, daß allein die Umstrukturierung der gesamten europäischen Rüstungsindustrie auf der Grundlage einer lebens- und wettbewerbsfähigen Handels- und Industriepolitik die Erzielung angemessener Fortschritte ermöglichen kann; begrüßt die vom Ständigen Rüstungsausschuß durchgeführte Studie über die europäische Rüstungsindustrie.

EMPFIEHLT DEM RAT

1. darauf zu drängen, daß die Bemühungen um eine gemeinsame Produktion, Interoperabilität und, sofern dies für die Sicherheit Europas erforderlich ist, um die Standardisierung der Verteidigungsausrüstung in den europäischen Mitgliedsländern des Bündnisses in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe mit der

- Unterstützung, die der Ständige Rüstungsausschuß gewähren kann, konzentriert werden;
2. Die Umstrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie unter der Ägide der Europäischen Gemeinschaft unter Bezugnahme auf deren Zuständigkeit in den Bereichen der Industrie- und Zollpolitik und der Forschung zu erwägen;
 3. sicherzustellen, daß die Ressourcen des Ständigen Rüstungsausschusses nach Beendigung der derzeitigen Studie über die europäische Rüstungsindustrie voll genutzt werden, um die Ausführung der oben erwähnten Aufgaben zu unterstützen;
 4. die betreffenden Regierungen zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Unabhängige Europäische Programmgruppe der Versammlung einen Jahresbericht über die Aktivitäten vorlegt.

Tagesordnungspunkt:

Anwendungssatelliten

Drucksache 784)

Berichterstatter: Abg. Scheffler

Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die wenig dankbare Aufgabe, einen Bericht zu erstatten, der umfangreicher hätte ausfallen müssen, wenn ich mich nicht in der glücklichen Lage befände, daß ein Minister, ein früheres Mitglied dieses Hauses, das Thema, das Sie und ich heute abend zu behandeln haben, in seinen Ausführungen schon weitestgehend berührt hat.

Nachdem dem Ausschuß für Wissenschaft, Technik und Raumfahrt der Westeuropäischen Union bereits am 2. März 1978 ein erster Bericht über **Anwendungssatelliten** vorgelegt werden konnte, bin ich nunmehr in der Lage und habe die außerordentliche Ehre, Ihnen den zweiten Teil des Berichts vorzulegen. Ich fühle mich verpflichtet, all denen zu danken, die mir bei der Abfassung des ersten und des zweiten Teils dieses Berichts in so umfassender Weise behilflich gewesen sind.

Wie in der Begründung im einzelnen dargelegt ist, sind während des Jahres 1978 eine Reihe von wichtigen Entscheidungen im Rahmen der Europäischen Raumfahrtbehörde gefallen. Ich bin mir darüber hinaus im klaren, daß der heute vorgelegte Bericht nur eine Momentaufnahme sein kann und wahrscheinlich im nächsten Jahr um wichtige Daten erweitert werden muß.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ein Vierteljahrhundert der Raumfahrt liegt nun hinter uns, und Wissenschaft und Technik haben den Bereich der Anwendungssatelliten kontinuierlich fortentwickelt. Nach dem spektakulären Ereignis der ersten Mondlandung hat sich das öffentliche Interesse rasch wieder dem Alltag zugewandt, so daß wir uns nicht über eine allzu große Beteiligung der

Öffentlichkeit sondern eher über mangelndes Interesse zu beklagen haben. Der Start der Raumfahrt in ein zweites Vierteljahrhundert ist bestimmt durch Nüchternheit und Überlegungen, welcher Platz der Raumfahrt bei der Bewältigung der schwierigen Aufgaben im Zusammenhang mit der weltweiten Strukturveränderung in vielen industriellen Bereichen beigemessen werden kann.

Das Schwergewicht dieses Berichts liegt zwangsläufig auf der Beschreibung der Weltraumaktivitäten im Anwendungsbereich, dort also, wo Satelliten uns unmittelbare Dienstleistungen auf vielerlei Gebieten erbringen können.

Daneben steht es ganz außer Zweifel, daß auch die Förderung der Forschung im Wissenschaftsbereich weitergehen muß, wenn unsere Erkenntnisse nicht unzulänglich bleiben sollen. Ich denke hier an die Bereiche der Astronomie und Astrophysik, der Erforschung der Atmosphäre, der Physik, der Geophysik und der Biomedizin. Diese wissenschaftliche Forschung wird mit Satelliten, Raumsonden und Raumstationen betrieben werden müssen, nicht weil die Wissenschaft Selbstzweck ist, sondern die Ergebnisse und Erkenntnisse dazu beitragen sollen, daß das Leben auf unserer Erde weiterhin verbessert werden kann.

Zweifellos hat Europa in den letzten Jahren außerordentliche Fortschritte auf dem Gebiet der Satellitentechnologie errungen. Es wäre aber unrealistisch, wenn man nicht erkennen wollte, daß die fortgeschrittenen Weltraumtechnologien heute von den USA und der Sowjetunion bestimmt werden. Die gewaltigen Anstrengungen der Supermächte bei der Entwicklung der Anwendungssatelliten haben neben den wissenschaftlich-technologischen vor allem militärische Gründe gehabt. Ich bin mir bewußt, daß das Kapitel „militärische Anwendungssatelliten“ in diesem Bericht nur in Umrissen eine sehr unscharfe Wiedergabe dessen sein kann, was dort gegenwärtig geschieht.

Die am 31. Mai 1975 gegründete Europäische Weltraumorganisation hat sämtliche bis dahin bestehenden europäischen Raumfahrtaktivitäten zusammengefaßt. Die in der ESA zusammengefaßten elf Mitgliedstaaten — Dänemark, Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz und Spanien — haben sich in dem Gründungsübereinkommen ausdrücklich zu der Aufgabe bekannt, die Zusammenarbeit europäischer Staaten für ausschließlich friedliche Zwecke auf dem Gebiete der Weltraumforschung und der Weltraumtechnologie im Hinblick auf deren Nutzung für die Wissenschaft und für operationelle Weltraumanwendungssysteme sicherzustellen und zu entwickeln.

Damit, meine Damen und Herren, wurde ein Schritt getan, der aus der Zersplitterung vieler nationaler Projekte zu einer sinnvollen Zusammenfassung dieser Aktivitäten geführt hat. Es gibt auch keinen Zweifel darüber, daß erst durch das Zusammenwirken in der ESA die europäischen Mitgliedstaaten in der Lage waren, bestimmte Projekte überhaupt zu realisieren, die auf Grund ihrer über-

dimensionalen Größenordnung von einem Staat allein nicht zu verwirklichen gewesen wären. Trotz vieler Schwierigkeiten, die ich noch ansprechen werde, kann die ESA mit ihrer Leistung durchaus zufrieden sein und bestehen. Allerdings muß man die Schlußfolgerung ziehen, daß Schwierigkeiten, die jetzt erkannt sind, auch abgestellt werden können und abgestellt werden müssen. Gerade das letzte Jahr hat unter Beweis gestellt, daß viele Fragen gelöst werden konnten, weil der gute Wille aller Beteiligten zu einer Lösung geführt hat.

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren, die Anwendungssatelliten der Europäischen Raumfahrtbehörde und ihre Missionen kann man wie folgt kurz umreißen. Der erste Satellit zur Nachrichtenübertragung OTS ist leider bei der Explosion des Trägers Delta 3914 zerstört worden. Aber am 23. November 1977 wurde mit der Delta 2914 der Satellit Meteosat I gestartet, dessen Mission im meteorologischen Bereich liegt.

Dieser erste europäische **Wettersatellit** liefert bereits alle 30 Minuten Bilder von der Erde und ihrer Wolkendecke. Diese Bilder sollen es den Nutzern — Meteorologen, Ozeanologen und Hydrologen — erleichtern, die Wettervorhersage wesentlich zu verbessern. Es liegt auf der Hand, daß dieses System noch nicht voll ausgereift ist und einer weiteren Ergänzung bedarf. Deshalb ist für 1980 eine zweite Version für den Meteosat vorgesehen, und hierdurch verstärkt sich der europäische Beitrag zur Weltwetterwacht und in der weltweiten Atmosphärenforschung ganz erheblich.

Der **OTS II** dient der Nachrichtenübertragung. Er wurde am 11. Mai 1978 mit dem Träger Delta in den Raum transportiert. Wie der Name schon sagt, handelt es sich beim Orbital Test Satellites um einen Satelliten, der sich wesentlich mit dem Bedarf der europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen sowie dem Bedarf der Rundfunkanstalten befaßt. In dieser voroperationellen Phase umfaßt die Kapazität 6 000 Fernsprechanäle bzw. 4 500 Fernsprech- und zwei Fernsehkanäle. Der OTS soll das einwandfreie Funktionieren aller Geräte demonstrieren.

In der zweiten Generation will die ESA ein europäisches Regionalsystem entwickeln, das mit 20 000 Fernsprechanälen ausgestattet wird.

Die technische Entwicklung im Bereich der Kommunikation deutet sich bereits in Umrissen an. Manches, was heute noch als Utopie anmutet, wird bis zum Jahre 2000 realisiert sein.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einen privaten Einschluß: Es ist nicht Aufgabe dieses Berichtes, zu untersuchen, wie das Individuum Mensch mit der sich stürmisch entwickelnden Veränderung im Rahmen der technischen Kommunikation und dem zunehmenden Informationsangebot überhaupt geistig, seelisch und sozial fertig wird. Es genügt meiner Meinung nach aber nicht, daß man ausschließlich die technische Entwicklung bewertet, dabei aber die sozialen Komponenten im Leben der Menschen außer acht läßt. Auf eine einfache Formel gebracht, muß es heißen: Die Technik und die moderne Technologie haben dem

Menschen zu dienen, ihn jedoch nicht zu beherrschen. Soweit meine persönliche Bemerkung.

Im Bereich der **Datenverarbeitung** hat der Gesetzgeber bereits eingreifen müssen, damit der Schutz der menschlichen Intimsphäre gewährleistet ist. Es fragt sich im übrigen auch, ob es das höchste Glück der Erde sein muß, daß der Mensch in der Lage ist, 20 verschiedene Fernsehprogramme aus aller Welt auf einmal zu empfangen, wenn er das will. Diese Frage ist in der Zukunft sicher noch zu beantworten.

In der Reihe der Anwendungssatelliten folgen Mareos-A für den Seefunk, der ECS I zur Nachrichtenübertragung — aber bereits als operationelles System —, der Mareos-B ebenfalls für den Seefunk, der H-Sat (heavy satellite) für die direkte Nachrichtenübertragung sowie der ECS II ebenfalls für die Nachrichtenübertragung. Damit habe ich schon die Liste der Objekte umrissen. Die letzten sechs von mir genannten Satelliten sollen in den Jahren 1980 bis 1982 mit dem Trägersystem **Ariane** in den Raum befördert werden.

Damit bin ich schon bei diesem System, das einen Großteil der Aktivitäten der ESA bestimmt. Bereits im nächsten Jahr werden vom Ariane-Startkomplex des Raumfahrtzentrums in Kourou die ersten von vier vorgesehenen Erprobungsstarts stattfinden. Die Mitgliedstaaten der ESA haben beschlossen, die Serienproduktion des Trägers aufzunehmen und mit einer fünf Einheiten umfassenden Markteinführungsserie zu beginnen. Die Frage, in welcher Weise der Träger in Zukunft benutzt werden wird, ist noch offen. In den nächsten 14 Jahren werden rund 200 geostationäre Satelliten in den Raum gebracht werden müssen. Der Verband Europäischer Industrien schätzt, daß davon zwischen mindestens 16 und höchstens 62 Satelliten durch die Ariane-Träger- raketen in die Umlaufbahn gebracht werden können. Daraus ergibt sich die wirtschaftliche Bedeutung dieses Systems.

Der Herr Minister hat heute bereits das **Spacelab-Programm** erwähnt. Ich muß noch einmal ausdrücklich unterstreichen, daß damit zum erstenmal Europäer in den Weltraum vorstoßen werden und daß es sich hier nicht um ein Projekt handelt, das allein auf industrielle Ziele ausgerichtet ist, sondern um ein Projekt, das auch dazu beitragen kann, daß Europa mit den konkurrierenden Mächten gleichziehen wird.

1980 wird das erste Raumlabor mit dem Transporter Shuttle gestartet. Für wissenschaftliche Forschung werden sich völlig neue Möglichkeiten eröffnen. Für die erste Mission des Spacelab werden insgesamt 76 wissenschaftliche und technologische Experimente — davon allein 60 europäische, 15 amerikanische und 1 japanisches — durchgeführt, und es ist zu hoffen, daß die Bemühungen der ESA mit weiteren Nutzungen zum Erfolg führen werden.

Dabei ist die ESA nicht eifersüchtig darauf bedacht, alle Projekte in ihrem Bereich zu haben. Sie würde aber ungern feststellen, daß an gleichgearteten Projekten auf nationaler Ebene in den verschiedensten Ländern gearbeitet würde. Das wäre unökonomisch und nicht vereinbar mit dem Sparsamkeitsprinzip.

Das Gesamtbudget der ESA wird in den Jahren 1978/79 den Kulminationspunkt von über 600 Millionen Rechnungseinheiten übersteigen, um dann in den darauf folgenden Jahren bis 1983 auf einen Betrag von unter 300 Millionen Rechnungseinheiten abzusinken. Das hängt mit dem Auslaufen der mit hohen Investitionskosten belasteten Projekte Ariane und Spacelab zusammen.

Daraus folgt, daß die an diesen Projekten beteiligten Mitglieder Überlegungen anstellen, wie nationale Überkapazitäten schon jetzt verhindert werden können, die auf Grund der vorbezeichneten Entwicklung später keine Auslastung finden würden. Es ist deshalb zu hoffen, daß eine genügende Anzahl von Nutzern den Eintritt in die industrielle Phase erleichtert und damit eine Kontinuität herbeiführt, die dem Luft- und Raumfahrtsektor bisher noch gefehlt hat. Es handelt sich hierbei nicht nur um Industriebetriebe und um Investitionen, sondern auch um eine große Zahl von hochqualifizierten Wissenschaftlern und Technikern, die ihre ganze Kraft und ihr ganzes Können der Förderung dieser Vorhaben gewidmet haben.

Zum Schluß möchte ich mir noch eine Anmerkung zum militärischen Teil des vorliegenden Berichts gestatten.

Durch Absturz des sowjetischen, mit nuklearer Energie versorgten Aufklärungssatelliten Kosmos 954 sind die Gefahren beim Absturz von Raumflugkörpern ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt worden.

Zwar ist durch den sogenannten Weltraumvertrag vom 10. Oktober 1967 eine Gefährdungshaftung für Staaten, die Raumflugkörper in den Weltraum starten oder starten lassen, festgelegt worden. Diese Haftung ist auch durch ein Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände am 29. März 1972 im einzelnen geregelt worden. Eine eindeutige Rechtsgrundlage für konkrete Informationspflichten beim Absturz eines Raumflugkörpers findet sich noch nicht in völkerrechtlichen Verträgen. Es bestehen allerdings im Rahmen der Vereinten Nationen Bestrebungen, eine solche Informationspflicht ausdrücklich zu normieren.

Es liegt auf der Hand, daß von Raumflugkörpern mit nuklearer Energieversorgung besondere Gefahren ausgehen. Präsident Carter hat am 31. 1. 1978 der Öffentlichkeit den Vorschlag unterbreitet, den Betrieb von atomar ausgerüsteten Satelliten in relativ erdnahen Umlaufbahnen, bei denen das Risiko der Destabilisierung besonders hoch ist, in einem Vertrag mit der Sowjetunion auszuschließen.

Es ist jedoch fraglich, ob zum Thema Nuklearsatelliten in der nächsten Zeit konkrete Beschlüsse gefaßt werden. Deswegen sollen alle Mitgliedstaaten aufgefordert werden — und wir haben das in Teil D unserer Empfehlung auch getan —, die Initiative, die für Satelliten mit nuklearer Energieversorgung außer Sicherheitsmaßnahmen und Beistandspflichten konkrete Informationspflichten der Startstaaten fordert, im Weltraumausschuß und in

seinen Unterausschüssen nach besten Kräften zu unterstützen.

Eine Bemerkung des Kollegen Valleix im Rahmen der heutigen Diskussion mit dem Minister veranlaßt mich zu der Feststellung, daß unsere Empfehlung nicht darauf abzielt, schon jetzt die Möglichkeiten institutionell zu verankern, ein globales Netz zu erarbeiten, sondern daß es sich um Studien zur Finanzierung dieser Arbeitsmöglichkeiten handelt. Das ist ebenso der Fall bei der Studie zum Bau eines Prototyps zur Energieversorgung aus dem Weltraum. Wir sind uns über die Schwierigkeiten und die möglichen Gefahren im Gigahertz-Bereich, der ja heute noch nicht völlig erforscht ist, durchaus im klaren.

Meine Damen und Herren, damit bin ich am Schluß. Ich danke Ihnen und bitte um Annahme der der Empfehlung.

Scheffler (SPD): Herr Präsident, vier Diskussionsbeiträge in einer Minute zu beantworten ist fast so abenteuerlich, wie einen Satelliten in den Raum zu schießen. Lassen Sie mich trotzdem den Versuch unternehmen.

Herr Kollege Treu hat im wesentlichen die Argumente noch einmal untermauert, die ich als Berichterstatter des Ausschusses vorgebracht habe. Dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Herr Bernini hat die Gefahren aufgezeigt, die sich daraus ergeben, daß wir noch keine internationalen Normen haben, die von allen anerkannt werden. Ich glaube, hier liegt eine der Forderungen, die wir im Auge behalten müssen und die uns wirklich beschäftigen muß. Denn es ist so, wie schon Herr Treu gesagt hat: Die Zahl der Satelliten — die Anwendungssatelliten und die wissenschaftlichen Satelliten will ich nicht trennen — erhöht sich ja. Sie liegt zwischen 5 000 und 10 000. Wir wissen nicht, wohin die Entwicklung geht. Rein statistisch besteht heute die Gefahr, daß alle 275 Jahre jemand von einem Satelliten erschlagen wird. Aber das kann sich sehr schnell ändern.

Herr Cornelissen hat sehr viel über Industriepolitik gesagt und damit das angerührt, was Herr Konings in seinem Beitrag erwähnt hat. Meine Herren, ich muß allerdings darauf hinweisen, daß es nicht Aufgabe der ESA sein kann, Aufträge zu verteilen, wenn die Industrie nicht selbst die Notwendigkeit einsieht, hier ein Mittel in der Hand zu haben, das ökonomisch genutzt werden kann. Hier geht es darum, daß die nationalen Industrien erkennen, welch gewaltige Möglichkeit sich ihnen bei der Öffnung des Weltraums in den verschiedenen Bereichen, die ich eben erwähnt habe, bieten.

Ich glaube, daß wir, wie ich schon erwähnte, nach 25 Jahren sagen können: Wir haben einen ersten Schritt in den Weltraum gemacht und werden noch viele weitere machen, und zwar auf friedlicher Basis, weil wir wissen, daß uns der Weltraum Ersatz dort bieten kann, wo wir heute Not leiden. Da muß ich unterstreichen, was Herr Konings gesagt hat: daß die Energiefrage nicht vor dem Weltraum halt-

machen sollte; hier bieten sich mancherlei Möglichkeiten.

Empfehlung 326
betr. Anwendungssatelliten

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß das anhaltende hohe Maß an sowjetischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Raumfahrt dazu führen könnte, daß die Sowjetunion ein beherrschende technologische Position einnimmt, aus der sich gefährliche Folgen im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich ergeben könnten;

ist sich bewußt, daß die Anstrengungen der Vereinigten Staaten im Bereich der Raumfahrt nachlassen und daß keine Beschlüsse für ein detailliertes langfristiges Raumfahrtprogramm der USA getroffen werden;

ist überzeugt, daß die in naher Zukunft festzulegende europäische Raumfahrtpolitik die Gefahren berücksichtigen sollte, die sich aus dieser Weltlage ergeben könnten;

verweist auf das umfassende Industriepotential, das während der letzten 15 Jahre und vor allem seit 1971 entwickelt worden ist, als das Programm der Raumfahrtanwendungen gestartet wurde;

berücksichtigt die Notwendigkeit, die Menschheit mit dem Wissen und den Mitteln auszustatten, um die Folgen der Dürre, Energieknappheit, Verschmutzung, Hungersnot und Naturkatastrophen zu lindern;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern:

A. die Europäische Raumfahrtbehörde (ESA) zu beauftragen, folgende Möglichkeiten zu untersuchen

(i) Schaffung eines leistungsfähigen weltweiten Kommunikationsnetzes, in dem die Daten, die durch Luftbildaufklärungs-, Umweltüberwachungs- und Wettersatelliten gesammelt worden sind, zusammengefaßt werden könnten;

(ii) Bau eines kleinen Prototyps eines Strom erzeugenden Sonnenenergiesatelliten;

und die für diese Studien erforderlichen finanziellen Mittel freizumachen;

B. auf den nächsten Sitzungen des ESA-Rates anzugeben, welche Teile des ESA-Projekts für ein Spacelab-Folgeentwicklungsprogramm durchgeführt werden sollen;

C. eine Politik auszuarbeiten, die die mittel- und langfristigen Ziele der europäischen Raumfahrtbehörde und ihre finanziellen Auswirkungen festlegt, und einen langfristigen Haushaltsentwurf aufstellen zu lassen, um unter anderem für die Zukunft die Arbeit einer mit der Entwick-

lung eines zusammenhängenden Programms beauftragten Studiengruppe sicherzustellen;

D. im Ausschuß der Vereinten Nationen für die friedliche Nutzung des Weltraums und seinen Unterausschüssen die Initiative energisch zu unterstützen, die die Staaten, die Satelliten in den Weltraum bringen, verpflichtet, außer den Sicherheitsmaßnahmen und den gegenseitigen Beistandsvorschriften genaue Angaben über ihre mit Atomenergie ausgerüsteten Satelliten zu machen.

Tagesordnungspunkt:

Abstimmungsmethoden

(Drucksache 794)

Berichterstatte: Abg. Bozzi

Tagesordnungspunkt:

Rechte von Stellvertretern als Ausschußvorsitzende oder Berichterstatter in der Versammlung

(Drucksache 795)

Berichterstatte: Abg. Grieve

Donnerstag, 23. November 1978

Tagesordnungspunkt:

**Haushaltsentwurf der Versammlung
für das Finanzjahr 1979**

(Drucksache 782)

**Rechnungslegung und Prüfungsbericht
der Verwaltungskosten der Versammlung 1977**

(Drucksache 781)

Berichterstatte: Abg. Alber

Alber (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Normalerweise sind in den Parlamenten die **Haushaltsdebatten** Höhepunkte des politischen Lebens, einmal, weil über die allgemeine Politik Rechenschaft abgelegt wird, und zum anderen, weil es um Beträge geht, die sich sehen lassen können. Beides ist bei der Haushaltsdebatte hier im Hause nicht der Fall. Über die allgemeine Politik wird ja an anderem Ort, vor allen Dingen über die Berichte der Ausschüsse, entschieden. Und was die Beträge des Haushalts anbelangt, so ist die Summe, meine ich, so bescheiden, daß man darüber an sich gar nicht

reden sollte. Ich sage dies mit einer gewissen Ironie. Denn wir haben inzwischen Beträge — das heißt, wir hatten sie leider immer —, von denen man sagen kann: zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel, wie ein deutsches Sprichwort sagt. Es ist leider so, daß man die Firma gerade noch so etwas wie über Wasser halten kann; aber großartige politische Gestaltungen sind nicht möglich.

Bezeichnend war auch die Antwort, die Frau Minister Hamm-Brücher auf die Frage des Kollegen Müller in dieser Woche gegeben hat, daß Anfang Dezember versucht werde, die Wünsche der Versammlung angemessen zu berücksichtigen. Ich glaube, dies zeigt deutlich, in welcher Position wir sind. Wir sind Bittsteller. Und ich sage ganz offen: Wo gibt's das eigentlich noch, daß Parlamentarier so um Geld nachsuchen müssen, obwohl ja auf der anderen Seite in allen Ländern die Parlamentarier gerade diejenigen sind, die die Hoheit über den Haushalt haben. Wir sind Bittsteller in der Rolle eines unehelichen, ungeliebten Kindes, das gerade noch so mit einigen Alimenten abgefüllt wird.

Dies ist leider so, weil viele Regierungen immer noch meinen, diese internationalen Organisationen seien klassische Organisationen des Völkerrechts, und nicht damit fertig werden können — dies gilt teilweise auch für den Europarat —, daß wir noch eine parlamentarische Versammlung haben. Sicher ist dies nicht Teil des Völkerrechts. Aber man kann uns dann nicht so behandeln, als ob wir einfach nicht da wären. Wir haben nun einmal diese Doppelfunktion mit einer parlamentarischen Versammlung, und dem muß man auch Rechnung tragen, ob man es nun wünscht oder nicht.

Wir sind auch bereit zu sparen. Es ist eine edle Tugend, zu sparen. Nur wenn man nur so wenig Geld hat, daß dann, wenn man etwas abgeben muß, nichts mehr übrigbleibt, hat das Sparen natürlich keinen Sinn. Da wir eine Organisation sind, die mit Militärfragen befaßt ist, möchte ich den Vergleich der Abrüstung bringen: Was nützt es denn, wenn einer zwei Pistolen hat und der andere eine und es dann heißt, jetzt rüsten wir jeder eine ab? Dann hat der andere eben nichts mehr. In dieser Situation sind wir; wenn wir auch noch sparen sollen, bleibt nichts mehr übrig.

Ich möchte, Herr Präsident, meine Damen und Herren, nur einige wenige Punkte aus dem Haushalt herausgreifen und die Kollegen bitten, daß sie die Wünsche des Herrn Präsidenten, der hier dankenswerterweise einige Vorschläge entwickelt hat, und die Beschlüsse des Haushaltsausschusses so billigen und zu einem Beschluß der Versammlung machen.

Primär geht es um die **politische Arbeit**. Deshalb haben wir eine Erhöhung dieses Kapitels um einen sicherlich ansehnlichen Betrag beantragt. Aber es ist natürlich klar: wenn ich vorher nichts habe — und wir haben ganze 19 000 französische Francs —, schlägt sich eine wirkungsvolle Erhöhung natürlich prozentual erheblicher nieder. Wenn ich vorher einen und nachher zwei Francs habe, ist dies eine Erhöhung um hundert Prozent, obwohl

diese Erhöhung eigentlich überhaupt nichts hergibt. Man muß die Geringfügigkeit der Beträge berücksichtigen, wenn man die prozentuale Steigerung sieht. Ich meine, dies, eine entsprechende Dotierung der politischen Gruppen, ist der wichtigste Punkt, weil nur so eine politische Arbeit möglich ist.

Ich gehöre selber dem Europäischen Parlament an. Es ist doch immerhin bezeichnend, daß vor jeder Plenarwoche des Europäischen Parlaments zweitägige Fraktionssitzungen stattfinden. Während wir hier überhaupt nicht in der Lage sind, uns einmal außerhalb der Sitzungswochen zu treffen und die politischen Entscheidungen vorzubereiten. Deshalb ist es notwendig, daß wir den Posten für die politischen Gruppen entsprechend erhöhen.

Den zweiten Schwerpunkt neben der politischen Arbeit würde ich im Bereich der **Information** sehen. Es ist erschreckend, wie wenig bekannt die Westeuropäische Union bei unserer europäischen Bevölkerung ist. Wenn ich bei der Vorbereitung der Direktwahlen referiere, erläutere ich auch immer die verschiedenen europäischen Institutionen. Späteshalber habe ich mir immer einmal erlaubt, die Leute zu fragen, ob sie die Westeuropäische Union kennen. Ich muß sagen, meine privaten Erfahrungen gehen dahin, daß von 100 Personen 96 noch nie etwas von der Westeuropäischen Union gehört haben, und die Mehrheit der 4 %, die schon einmal etwas von ihr gehört haben, hat die WEU auch noch mit einer anderen Institution verwechselt. Die eine Hälfte meinte, die Westeuropäische Union sei identisch mit der Europa-Union, also der überparteilichen Organisation zur Förderung des europäischen Gedankens, und die andere Hälfte meinte, die WEU sei die Endstufe der Europäischen Gemeinschaften, verwechselte also die WEU mit der Europäischen Politischen Union. Allenfalls war es noch einmal ein Lehrer, der wußte, was die Westeuropäische Union ist. Dies ist beschämend. Denn wir sind das einzige europäische Gremium, das sich mit Fragen der Sicherheitspolitik und der Verteidigung befaßt. Was nützt unsere ganze Wirtschaftsordnung, unsere ganze Freiheit, wenn wir den Schwerpunkt der Sicherheit und der Verteidigung nicht entsprechend berücksichtigen können und auch nicht in der Lage sind, dies unseren Leuten klarzumachen. Allein wegen der Wichtigkeit der Materie ist es notwendig, eine bessere Information zu betreiben.

Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, diesen zwei Punkten zuzustimmen, einmal einer Erhöhung in Kap. V Artikel 17 für die Information und zum anderen der Einsetzung eines Betrages in Kap. II Artikel 3 Ziffer 6, durch den es ermöglicht werden soll, daß Besuchergruppen, Studentengruppen, Multiplikatoren einmal hier an unseren Sitzungen teilnehmen.

Bei den übrigen Positionen — Personalausgaben, Sachausgaben — ist die normale, inflationsbedingte Erhöhung vorgesehen. Man kann nicht sagen, daß wir hier mehr verlangen. Im Gegenteil, wir bescheiden uns hier und lassen es praktisch mit dem Status quo genügen. Ich möchte aber doch sagen, diese zwei wesentlichen Bereiche, die Arbeit der politi-

schen Gruppen und die Information, sind für die Arbeit der Westeuropäischen Union unabdingbar.

Ich möchte noch zwei andere Punkte ansprechen, in denen es um eine Erhöhung geht. Einmal ist in Kap. III ein Mehrbetrag von 122 000 Francs für die Gebäuderenovierung vorgesehen. Auch diese Mehrausgabe ist unabwendbar, weil die Säle renoviert werden müssen.

Ein letzter Punkt betrifft Kap. II Artikel 3 Ziffer 4. Es wurde gewünscht, daß man auch drüben in den Delegationsräumen Fernsehmonitoren aufstellt, damit man dort jeweils verfolgen kann, was im Moment im Plenum geschieht, wer der nächste Redner ist. Ich glaube, dies ist in allen Parlamenten üblich, und wir sollten dafür sorgen, daß sich die Kollegen dort etwas orientieren können.

Alles in allem werden wir so eine Erhöhung auf etwas über 8,9 Millionen französische Francs haben, was einer prozentualen Erhöhung um etwa 14 % entspricht. Dies mag den einen oder anderen vielleicht erschrecken. Ich habe aber schon erwähnt, dies liegt daran, daß die Positionen, von denen ich gesprochen habe, vorher mehr oder weniger null betragen haben.

Deshalb möchte ich Sie bitten — und damit möchte ich vorerst schließen —, daß Sie den Haushaltsentwurf so annehmen und die Wünsche des Haushaltsausschusses zu Ihren eigenen machen.

Zweitens möchte ich Sie, was die Rechnungslegung für den Haushalt 1977 anbelangt, diese zu genehmigen und dem Herrn Präsidenten Entlastung zu erteilen.

Schließlich möchte ich mich auch für den Ausschuß und die Versammlung sehr herzlich bei allen Mitarbeitern der Westeuropäischen Union bedanken. Sie tun eine sehr wichtige Arbeit, die nicht selbstverständlich ist. Ich glaube, gerade die Haushaltsberatung ist die richtige Gelegenheit, sich bei ihnen sehr herzlich zu bedanken. Ich bin überzeugt, die ganze Versammlung wird sich diesem Dank anschließen.

Nochmals: Herr Präsident, ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie diese bescheidenen Wünsche zu Ihren eigenen machen könnten.

von Hassel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein sehr herzliches Wort des Dankes dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses sagen für die Arbeit, die er zur Vorbereitung des uns vorgelegten Haushalts auf sich genommen hat. Ich möchte ihm nicht nur für die Arbeit danken, sondern vor allen Dingen auch für die Zähigkeit, mit der er versucht hat, die Gedanken, die Allgemeingut in der Versammlung sind, denen näher zu bringen, die über den **Haushalt** zu befinden haben, und für das diplomatische Geschick, mit dem er dargelegt hat, was uns bewegt.

Ich nehme für mich, verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, genauso wie, glaube ich, der Berichterstatter und Vorsitzende des Budgetausschusses in Anspruch, hinsichtlich der Ausgaben, über die wir zu befinden haben, behutsam zu

urteilen, weil es letztlich um das Geld der Steuerzahler in unseren sieben Staaten geht. Jeder von uns weiß, daß er als Parlamentarier gegenüber dem Steuerzahler seine Verantwortung hat.

Ich glaube, es ist doch notwendig, aus einer Reihe von Erwägungen, die ich selber als Präsident habe anstellen können, ein paar Bemerkungen zu machen. Sie wissen, daß ich in meiner Eigenschaft als Präsident alle sieben Regierungen und alle sieben Parlamente — dort, wo es zwei Häuser gibt, beide Häuser — besucht habe. Ich habe die Möglichkeit gehabt, mit den Kollegen Parlamentspräsidenten, mit den Staatsschefs, den Regierungschefs, den Außen- und Verteidigungsministern zu sprechen. Ich habe bei diesen Gelegenheiten ausnahmslos zur Kenntnis nehmen können, daß alle Gesprächspartner, von den Staats- oder Regierungschefs bis zu den Parlamentspräsidenten, die Bedeutung der Westeuropäischen Union herausgestrichen haben. Es gibt niemanden, der bei den Gesprächen auch nur andeutungsweise erklärt hätte, man könne doch auf die Westeuropäische Union und ihre Parlamentarische Versammlung verzichten, es gebe andere Möglichkeiten, die Arbeit für die Verteidigung, die Sicherheit, die Rüstung, die Abrüstung, die Rüstungskontrolle zu leisten, etwa das Europäische Parlament, die Nordatlantische Versammlung oder andere Gremien. Jeder einzelne hat betont, daß diese Westeuropäische Union und ihre Parlamentarische Versammlung auch in Zukunft ihre unveränderte Bedeutung haben werden.

Ich möchte das vor dem Hintergrund sagen, Herr Präsident, daß es gewisse Stimmen gibt, die da irgendwie Zweifel äußern. Wenn es jemanden gibt, der unter dem frischen Eindruck von Gesprächen mit den Verantwortlichen in allen sieben Staaten berichten kann, so bin ich das.

Ein zweiter Punkt. Wir haben in dieser Woche vier Minister, Parlamentarische Staatssekretäre oder Staatsminister gehört. Alle vier haben uns bescheinigt, daß die große **Bedeutung dieser Westeuropäischen Union** unverwechselbar ist. Sie haben uns wörtlich die „Vitalität“ dieses Hauses bestätigt. Sie haben eine hohe Anerkennung gezollt auch für den Rat, der nichts unterlassen hat, die Arbeit zu leisten, die der Vertrag von ihm fordert. Sie haben zum Ausdruck gebracht, es werde immer wieder sichtbar — so wörtlich —, daß „die WEU ihre Verpflichtungen erfüllt“. Alle, also auch die Westeuropäische Union — so wurde hier in diesem Hause dargestellt —, hätten für die europäische Union ihre Aufgabe zu leisten; dieses Haus sei das einzige, das die Fragen der Verteidigung zu behandeln habe; andere Häuser hätten andere Aufgaben.

Drittens, meine verehrten Kollegen, hat es in den Debatten dieser Sitzungsperiode, die fraglos eine ganze Reihe von politischen Höhepunkten gehabt hat, immer wieder die Feststellung gegeben, daß das eine Haus diese, das andere Haus jene Aufgabe habe, daß sich beispielsweise das Europäische Parlament nicht in Aufgaben einmischen dürfe, die wir, das Parlament der Westeuropäischen Union, zu behandeln hätten, und umgekehrt.

Wenn man also seitens aller sieben Staaten den Brüsseler Vertrag unverändert als Richtschnur für uns ansieht, wenn man in diesem Hause durch die Minister noch einmal die ganze Bedeutung der Westeuropäischen Union unterstreicht — nicht nur mit freundlichen Worten, sondern nach unserer Überzeugung als aufrichtig gemeintes Attest —, wenn wir uns selber einig darin sind, daß wir unsere Aufgabe ernsthaft wahrzunehmen haben, dann, so scheint mir, hat der Herr Vorsitzende des Budgetausschusses, unser verehrter Kollege Alber, völlig recht, wenn er fordert, daß uns die bescheidenen Mittel, um die wir nachsuchen, auch genehmigt werden. Wir haben das schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, und ich habe bisher niemanden in diesem Hause gefunden, der nicht die Meinung des Kollegen Alber unterstreicht.

Wir haben aber gehört, daß man aus einer Reihe von Gründen unserem Begehren möglicherweise doch nicht folgen will. Die einen mögen meinen, man dürfe die Westeuropäische Union in diesen politischen Aufgaben nur behutsam stärken; sie habe andere Funktionen, Reservefunktionen. Die anderen meinen, man könne unserem Begehren nicht folgen, weil die nationalen Haushalte in den einzelnen Staaten bereits abgeschlossen und nicht mehr ergänzbar seien, die Mittel nicht mehr erhöht werden könnten. Wieder andere fragen: wozu das ganze überhaupt? Einer der Herren sagte mir, das sei ja eine Erhöhung um 1 000 %. — Meine Damen und Herren, wenn ich meinem vierjährigen Sohn 10 Pfennig Taschengeld gebe, und ich erhöhe das dann auf 1 Mark, dann ist das in der Tat eine „unverantwortliche Steigerung um 1 000 %“. Da gibt es keinen Zweifel. Auch wir fangen ja bei Null an, denn bisher hat uns hier überhaupt nichts zur Verfügung gestanden. Ich glaube aber, daß wir unsere Aufgabe einfach erfüllen müssen.

Ich bitte diejenigen, die als Beamte der Exekutive über den Haushalt der Parlamentarier zu bestimmen haben, darüber nachzudenken, daß es für einen Parlamentarier eine seltsame Situation ist, einem Parlament anzugehören, bei dem man das Gefühl hat, es wird gerade eben noch am Leben erhalten. Wenn das der Meinung derer entspricht, die über uns zu befinden haben, glaube ich nicht, daß sie auf die Dauer fähige und verantwortungsbewußte Parlamentarier finden, die bereit sind, für die Fragen der Sicherheit Europas, für die Fragen der Sicherheit unserer sieben Staaten, also für die Aufgaben, die uns die sieben Staaten im Brüsseler Vertrag zugewiesen haben, zu streiten.

Wir erwarten, daß man die von uns dargelegten Petita ernst nimmt und endlich die Forderung erfüllt, die sich dieses Haus zueigen gemacht hat — selbstverständlich vor dem Hintergrund der Sparsamkeit, die wir uns selber und anderen auferlegt haben. — Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

von Hassel (CDU/CSU): Ich werde lediglich eine Minute sprechen, Herr Präsident.

Als ich vorhin das Wort nahm, war die Bank der Botschafter leer. Ich bin deswegen genauso erregt

gewesen wie unser Kollege Valleix und unser Kollege Roper. Ich habe mich dann aber erkundigt, wo die Herren Botschafter sind, und vom Generalsekretär die Auskunft bekommen, daß sie bereits nach London abgereist sind, wo sie heute nachmittag in ihrer Eigenschaft als Botschafter eine Verpflichtung haben.

Ich habe Ihnen das hier mitgeteilt, weil ich es für fair halte, dies, wenn man es weiß, hier vor der Versammlung darzulegen. Ich werde deshalb das, was wir in dieser Debatte zu sagen haben, den Botschaftern schriftlich übermitteln. Hier aber sind sie entschuldigt. Nur hätten wir es vorher wissen müssen.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in Verbindung mit der Haushaltsdebatte ein Problem ansprechen, daß uns gleichsam in eigener Sache berührt. Ich meine die **Arbeitsbedingungen** in diesem Raum, das Wohlbefinden der sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der hier Beschäftigten und auch der hier weilenden Gäste.

Wir haben alle schon viele Parlamentssäle kennengelernt und uns mit manchen Unzulänglichkeiten abgefunden. Die hiesige Ausstattung ist allerdings die unbequemste, die ich je kennengelernt habe. Daher auch mein Drang, Herr Präsident, hier meine Worte noch vortragen zu dürfen.

Sicherlich werden Sie schon beobachtet haben, Herr Präsident, daß sich ehrenwerte Mitglieder dieses Hauses mit beiden Händen rückwärts abstützen, daß sie mit Schmerzausdruck im Gesicht ihre Rückenmuskeln massierten oder auch über ihre Knie gebeugt tief zusammengekrümmt saßen. Dies geht meines Erachtens auf drei negative Eigenschaften unserer Sitzmöbel zurück.

Zum ersten sind die Bänke zu schmal. Wenn Sie hier sitzen und lange Debatten verfolgen, schlafen Ihnen die Beine ein. Warum? Weil die Sitzmöbel allen Gesichtspunkten der Möbelhersteller widersprechen und keine Unterlage bieten.

Zum anderen sind die Bänke gekrümmt. Sie können sich nicht anlehnen und der Körper findet keinen Halt. Ferner haben die Möbel keine Seitenlehnen, so daß man sich nicht entspannen kann. Manche Kollegen versuchen, sich rückwärts festzukrallen, um überhaupt einmal etwas Erleichterung zu bekommen.

Drittens kritisiere ich die Schreibpulte, die zu niedrig sind. Wenn Sie etwas zu Papier bringen wollen, müssen Sie sich vorbeugen, daß Ihre Wirbelsäule und Ihre Bandscheiben deformiert werden.

Dies alles bringt mich dazu, die Bitte zu äußern, zusammen mit dem Präsidenten dieses Hauses Abhilfe zu schaffen und eine Neuausstattung mit Möbeln ins Auge zu fassen. Wir reden so viel von der Humanisierung der Arbeitswelt, von menschlichen Arbeitsbedingungen, aber wir haben sie meines Erachtens hier nicht. Deshalb müßte etwas getan werden. Vielleicht würde das auch dazu beitragen, daß die Verweildauer der Kolleginnen und Kollegen in

diesem Hause länger wäre und diese nicht nach kurzem Hiersein versuchen, nach draußen zu gehen.

Aber ich möchte noch ein zweites ansprechen: die gefährlichen Treppen. Ich habe von diesem Platz aus schon mehrfach beobachtet, wie Kolleginnen und Kollegen hier stolperten und stürzten. Es ist ein wahres Wunder, daß noch nichts passiert ist und wir noch keinen Unfall zu verzeichnen haben.

Dann möchte ich noch einen dritten Mangel anführen; das betrifft die Schreibfläche. Wenn Sie sich hier umsehen, dann erblicken Sie ein Ungetüm von Mikrophon, Schaltkästen, Kopfhörer, Kabelanlagen, aber Sie finden kaum einen Platz, wo Sie etwas zu Papier bringen können.

Nach meiner Ansicht lassen sich die Verhältnisse kurz so charakterisieren: Es herrschen gefährliche, gesundheitsschädliche und zu enge Arbeitsbedingungen. Die Möbelausstattung könnte beruhigt ins Museum gestellt werden. Ich würde auch nicht widersprechen, wenn böse Zungen behaupten würden, man könne sie auf den Müll werfen und wir bräuchten ihr keine Träne nachzuweinen.

Es wäre kein Luxus, wenn hier Abhilfe geschaffen würde, denn dazu besteht eine bittere Notwendigkeit für unsere Gesundheit und unsere Arbeitsleistung.

Dies, Herr Präsident und verehrte Kolleginnen und Kollegen, mußte einmal ausgesprochen werden, vielleicht deshalb von mir, weil ich viele Sitzungen und Stunden auf diesen Marterbänken ausgehalten habe. Länger zu schweigen wäre falsche Scham und würde späteren Abgeordneten dieselben Qualen bescheren, die wir durchlitten haben.

Schlußwort des Berichterstatters:

Alber (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wegen der fortgeschrittenen Zeit nur einige Worte in aller Kürze.

Sie haben sicher recht, das Interieur ist nicht gerade das beste. Aber die Möbelhersteller haben wohl gedacht, daß ein Politiker dehnbar und streckbar, flexibel und formbar sein muß. Und was die Treppen anlangt, so zeichnet sich ein guter Politiker ja dadurch aus, daß er nicht fällt und nicht stürzt. Aber vielleicht gilt das mehr im politischen Sinne.

Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts wiederholen, sondern mich nur bedanken bei allen, die das Wort ergriffen haben. Ich kann dem zustimmen, was Herr Antoni, Herr Valleix, Herr Roper und insbesondere auch unser Herr Präsident gesagt haben.

Nur ganz kurz folgendes. Herr Roper, Sie haben das Symposium angesprochen. Wir sind im Prinzip dafür und werden versuchen, es zu ermöglichen.

Außerdem haben Sie gesagt, Haushaltsvorausagen seien leichter als Wettervoraussagen. Das ist sicher richtig. Bei uns sind jene sehr leicht, weil wir nur ein Tief haben. So können wir sehr präzise vorhersagen. Bei uns ist es immer trübe und frostig, leider nie sonnig. Da Alternativen nicht möglich sind, ist es eben so traurig.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders herzlich bei dem Präsidenten der Versammlung, Herrn von Hassel, bedanken. Er hat wirklich nachdrücklich für unsere gemeinsame Sache gekämpft, und ich hoffe sehr, daß wir einen Erfolg haben.

Was das Haus hier anlangt, Herr Enders, so sind wir hier zur Untermiete. Es ist nicht unser Haus und auch nicht unsere Einrichtung. Hier sieht man eben auch wieder, wie schlecht die Stellung der Untermieter ist. Aber das ist mehr ein Problem des allgemeinen Mietrechts als dieses Hauses.

Nochmals vielen Dank allen Kollegen für die Argumente. Sie alle haben die Arbeit unseres Ausschusses unterstützt. Ich würde mich sehr freuen, wenn unser langjähriger Einsatz für mehr Mittel diesmal endlich von Erfolg gekrönt sein könnte.

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Haushalt der ministerialen Organe der WEU für das Finanzjahr 1978

(Drucksache 783)

Berichterstatter: Abg. Kershaw

Tagesordnungspunkt:

Wettervorhersage

(Drucksache 785)

Berichterstatter: Abg. Cavaliere und Hawkins

Dr. Freiherr Sples von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst den beiden Herren Berichterstattern sehr herzliche Glückwünsche zu Ihrem Bericht sagen. Meines Wissens erfolgt in diesem Bericht zum erstenmal eine Zusammenfassung aller Bemühungen der europäischen und, soweit erkennbar, auch der außereuropäischen Staaten. Hier wird einmal dargestellt, wie die Zusammenarbeit ist und wie sie bisher gewirkt hat. Die Berichterstatter berichten über Fortschritte, sie zeigen Mängel auf und deuten Wege an, wie es besser gemacht werden kann und besser gemacht werden sollte. Natürlich geben sie aber auch mehrfach ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß das Wetter noch nicht so, wie es eigentlich wünschenswert wäre, voraussehbar ist, daß man die Ursachen der **Wetterentwicklung** noch nicht kennt.

Von meinem Standpunkt aus möchte ich sagen, ich teile diese Enttäuschung, bin andererseits aber auch glücklich darüber, daß es so ist, daß uns nämlich im Wetter und in den Wetterbedingungen die Natur noch einmal so begegnet, wie sie ist, die Natur, die vom Menschen nur sehr begrenzt beeinflussbar ist. Wir kennen, wie gesagt, die Ursachen des Wetters noch nicht in jeder Beziehung. Vor allem sind wir aber — und gerade deswegen hatte ich, als ich diesen Bericht las, dieses in gewisser Beziehung glückliche Gefühl — Gott sei Dank noch

sehr weit davon entfernt, das Wetter gezielt beeinflussen zu können. Stellen wir uns vor, hier wären entsprechende Möglichkeiten gegeben, und diese Möglichkeiten könnten zum Beispiel militärisch und national genutzt werden! Das wäre schrecklich. Dann hätte der Mensch auch diesen Bereich der Natur in den Griff genommen.

Aber müssen wir uns — und damit bin ich bei dem, was ich eigentlich ansprechen wollte — nicht die Frage stellen, ob gerade wir, die Industrienationen, das Wetter nicht im Hinblick auf Klimaveränderungen ungewollt bereits in einem sehr viel stärkeren Maße beeinflussen, als wir es an sich wollen. Und ist es nicht vielleicht so, daß wir durch vieles, was wir in dem Bestreben, den Menschen dieser Erde immer mehr Wohlstand zu beschaffen, tun, auch auf diesem Gebiet in Gefahr geraten, natürliche Grundlagen zu zerstören? Die Herren Berichterstatter haben insbesondere in den Ziffern 4 und 10 ihrer allgemeinen Einführung, aber auch an anderer Stelle des Berichts auf diese Problematik hingewiesen. Mir liegt daran, diese allgemeine Problematik hier zu vertiefen. Dies betrifft nicht nur den Bereich der Energiegewinnung. Es geht nicht nur darum, daß wir mehr und mehr fossile Energie verbrauchen oder auch im Begriff sind, sehr viel mehr Kernenergie zu nutzen. Auch die Chemieanwendung bringt für Wetter und Klima Gefahren mit sich. Die Stichworte sind im Bericht genannt. Ich will sie wiederholen und ergänzen.

Wir wirkt sich zum Beispiel die Zunahme der Wärme langfristig aus? Welche Wirkung hat die Abnahme des Ozongehalts infolge der Verwendung von Spraydosen? Wir lesen das immer wieder in der Presse, und man weiß nicht, wie diese Entwicklung fortschreitet. Weiter spielt die Zunahme des CO₂-Gehalts in der Luft durch die verstärkte Verfeuerung fossiler Primärenergien eine Rolle, ebenso die Zunahme der Radioaktivität, die Gott sei Dank noch nicht besorgniserregend ist. Aber das alles sind Gefahren.

Wir sprechen heute von **Wettersatelliten**, von Wetterbeobachtungen. Ich glaube — und das haben auch die Berichterstatter zum Ausdruck gebracht —, daß abgesehen von den kurzfristigen Zielen eine ganz wesentliche Aufgabe dieser Organisationen und Forschungsprogramme darin besteht, zu beobachten, wie sich diese Gefahren entwickeln. Gerade die Industrienationen verfügen über die hierfür erforderlichen Mittel, und sie haben den Willen, sich intensiv mit dem Wetter zu beschäftigen. Andererseits sind sie es, die der Welt die genannten Gefahren beschicken. Deshalb haben, meine ich, die Industrienationen eine besondere Verpflichtung, im Rahmen der genannten Programme darauf hinzuwirken, daß die Gefahren einer langfristigen Klimaveränderung gemindert werden. Wir haben die nötige Infrastruktur, wir haben die finanziellen Mittel und sollten durch unser Engagement im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit verstärkt das Ziel verfolgen, die angedeuteten Gefahren, unter Kontrolle zu halten.

Der moderne Mensch beeinflusst die Natur sorglos, jedenfalls relativ sorglos, er versucht, seine Le-

bensbedingungen zu verbessern. Der Mensch muß aber auch die Mittel, die er zur Verfügung hat, einsetzen, um die Gefahren, die mit dieser Verbesserung der Lebensbedingungen verbunden sind, rechtzeitig zu erkennen, damit da, wo sie auftreten, für Abhilfe gesorgt werden kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Empfehlung 328

betr.: Wettervorhersage

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß die Meteorologie sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke in den nationalen Zuständigkeitsbereich fällt, ihrer Bestimmung nach jedoch eine kooperative Wissenschaft auf internationaler Basis ist, die ständige internationale Zusammenarbeit erfordert;

stellt fest, daß die Koordinierung auf ziviler Ebene durch die Weltorganisation für Meteorologie, deren regionale Organisationen und technische Kommissionen sowie auf militärischer Ebene in der meteorologischen Gruppe des Militärausschusses der NATO erfolgt;

stellt fest, daß die Verfügbarkeit adäquater Daten über das Wetter an der Erdoberfläche und über die Bedingungen der oberen Luftschichten über dem Nordatlantik sowie Nord- und Zentralafrika von grundlegender Bedeutung für die Wettervorhersage in Europa sind;

bedauert, daß das den Nordatlantik abdeckende Netzwerk auf vier Stationen reduziert wurde, und daß die UdSSR die Vereinigten Staaten als Unterhalter von Wetterschiffen ersetzt hat;

ist in Anerkennung des Erfolgs von ESA bei der Durchführung des Meteosat-Forschungs- und -Entwicklungsprogramms der Auffassung, daß die Zeit jetzt reif ist, die Benutzer, d. h. die nationalen europäischen meteorologischen Dienste, dringend zu ersuchen, die Betriebsphase eines europäischen Meteosatsystems voranzutreiben;

ist sich bewußt, daß zivile und militärische Stellen in den Vereinigten Staaten die selben meteorologischen Satelliten, Meeresüberwachungssatelliten und auch den Space Shuttle (wieder verwendbarer Transporter für die bemannte Raumfahrt) benutzen müssen, daß dies jedoch in Europa aus politischen Gründen nicht möglich ist, weil Länder wie Schweden und die Schweiz am Meteosat-Programm teilnehmen.

ist der Auffassung, daß dennoch die Notwendigkeit eines meteorologischen Satellitenprogramms für Verteidigungszwecke in Europa, möglicherweise gekoppelt mit dem Kommunikationssatellitensystem der NATO, besteht;

EMPFIEHLT DEM RAT

A. die Aufmerksamkeit der Mitgliedsregierungen auf die Notwendigkeit der Beschaffung verlässlicherer aber kosteneffektiver meteorologischer

Information zu lenken, die den Nordatlantik sowie Nord- und Zentralafrika abdeckt, und zwar durch Vermehrung der Anzahl der Beobachtungsposten in diesen Regionen und insbesondere im Nordatlantik durch Schaffung eines Netzwerkes von Meeresbojen, durch Einrichtung einer automatisierten meteorologischen Datensammlung mittels besonders ausgerüsteter Luftfahrzeuge und durch Einsatz eines meteorologischen Satellitensystems mit polarer Umlaufbahn;

- B. die Bildung einer Organisation durch die europäischen meteorologischen Dienste oder Institute zu fördern mit dem Ziel, den Einsatz eines europäischen Satellitensystems „Eurometsat“, ähnlich dem „Eutelsat“ der europäischen postalischen Behörden, voranzutreiben;
- C. der Studie über die Schaffung eines meteorologischen Satellitensystems für Verteidigungszwecke

seine aktive Unterstützung zu gewähren, möglicherweise gekoppelt an die einheimischen US- und NATO-Satellitenprogramme, zusammen mit einem geeigneten Netz beweglicher Bodenstationen;

- D. die Mitgliedsregierungen zu ersuchen, die bestehende militärisch meteorologische Koordinierung durch häufigere Übungen zu testen, um die Durchführung der Empfehlungen der meteorologischen Gruppe des Militärausschusses der NATO zu überprüfen;
- E. die Mitgliedstaaten zu ermutigen, gemeinsame Anstrengungen für Grundlagenforschung zu unternehmen, um den Mechanismus, der für Wetterbedingungen und Klima bestimmend ist sowie auch die möglichen Störungen, die menschliche Aktivitäten mit sich bringen können, zu verstehen.

